

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Herausgabe oder Auslieferung der Zeitung ge-
hindert sind, hat der Besteller seinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: G. Schubert, Kamen.

Nr. 38. (1. Blatt)

Montag, den 15. Februar 1926.

54. Jahrgang.

Deutschland rüstet ab.

Große Abstriche beim Reichswehretat.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die Beratung des Reichswehretats zu Ende geführt. Es wurden dabei große Abstriche gemacht, so daß sich der Reichswehretat auf 918 700 Mk., beim Titel Herbstleistungen 200 000 Mk., beim Titel Herbstleistungen 75 000 Mk., beim Titel Unterhaltung der Geräte 400 000 Mk., beim Titel Waffen, Munition und Seeresgeräte im allgemeinen 454 000 Mk., beim Titel Kraftfahrzeuge 376 440 Mk., den ganzen Titel Luft- und Umbau der Kavallerieschule Hannover in Höhe von 600 000 Mk., beim Titel Stellungen und Infanterie 200 000 Mk., beim Titel für einmalige gründliche Instandsetzung der von den Zeughäusern usw. zu unterhaltenden baulichen Anlagen 500 000 Mk., beim Titel Miete für Kasernen und andere Standortsgelände wurde der Baunterhaltungssatz von 1,5 auf 1,3 Proz. herabgesetzt, hiergegen protestierte nicht nur die Reichswehr, sondern auch das Reichsfinanzministerium. Weiter wurden gestrichen: Beim Titel Unteroffiziers- und Mannschaftsfronken 300 000 Mk., beim Titel Ankauf von Pferden zur Aufzucht des Pferdebestandes 500 000 Mk., beim Titel Beschaffung von Minenvermuniton 300 000 Mk., beim Titel Beschaffung von Artilleriemunition 350 000 Mk., beim Titel Neubeschaffung von Truppengewehren 250 000 Mk., beim Titel Beschaffung von Artilleriegeräten 1 Million Mk., beim Titel Wiederherstellung und ordnungsgemäße Einlagerung des aus dem Felde zurückgebrachten Seereschiffes 442 000 Mk., beim Titel Ergänzungsbauten zur Schaffung von Unterflurkammern für Kraftfahrzeuge 300 000 Mk. Außerdem wurden noch zahlreiche kleinere Streichungen vorgenommen.

Die Akten über die Marine- meuterei.

Eine Erklärung des Abgeordneten Brüninghaus.

Der volksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus wendet sich in einer Erklärung gegen die „Märkische Zeitung“, in der behauptet worden war, die von Dittmann zu seinen Angriffen gegen die Marineleitung benutzten Akten hätten ihm schon im vorigen Sommer zur Verfügung gestanden, so daß die jetzige Verzögerung der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses hätte vermieden werden können. In der Erklärung heißt es:

„Als ich im vorigen Sommer als Mitglied in den Untersuchungsausschuß eintrat, waren die Akten bereits in Händen des Abgeordneten Dittmann. Als der Reichstag sich im Spätherbst versammelte, gab Dittmann die Akten an die Marineleitung zurück und forderte sie später wieder an. Er behielt sie dann, bis er sein Referat erstattet hatte. Das Studium der Akten (rund 70 Bände) hängt aus engster Zusammenarbeit mit dem von Herrn Dittmann erstatteten Referat. Es war also für mich ein vorheriges Aktenstudium, das ja auch nur in unzureichendem Maße hätte erfolgen können, ziemlich wertlos gewesen, da ich nicht wußte, was Herr Dittmann eigentlich vorbringen würde.“

Ich muß des weiteren feststellen, daß der Abgeordnete Dittmann, obgleich er sein Referat, wie er selbst zugestanden hat, etwa 14 Tage fix und fertig hatte, bevor er es hielt, sich zweimal gewweigert hat, mir diesen Referat zur Verfügung zu stellen. Die ganze Verzögerung ist mithin auf Verweigerungen zurückzuführen, die darauf hinausliefen, die breite Öffentlichkeit mit einem einseitig eingestellten Bericht zu übertrumpfen.

Mein zu erstattendes Gegenutachten wird dadurch erheblich erschwert, daß Herr Dittmann utendras anhängt, aus welchem Band der Akten er seine Aussagen gemacht hat. So weit ich das bisher übersehen kann, werde ich in der Lage sein, zu beweisen, in welcher Weise der Referent dem Akteninhalt Gewalt angetan und dementstreichend die breiteste Öffentlichkeit nur ganz einseitig orientiert hat.“

Knappschaftsversicherung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages

gelangte ein Antrag zur Annahme, der als Grundlage für die Beiträge zur Knappschaftsversicherung 7 Lohnklassen in das Gesetz aufnahm. Klasse 1 geht bis zu 75 Mark,

Die Angriffe gegen die Reichsbahn.

Aus dem Reichstag.

Sitzung vom 13. Februar 1926.

Der Reichstag nahm zunächst in erster und zweiter Lesung das Handelsabkommen mit der Türkei an. Es folgt dann die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926. Sie beginnt mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Verbunden mit der Beratung werden zahlreiche Anträge, die hauptsächlich Personal- und Tariffragen betreffen.

Abg. Dr. Quast (Dnt.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Redner tritt scharf das Verhalten der Reichsbahngesellschaft, die noch jetzt in der Zeit der schweren Wirtschaftslage Anträge zurückhält. (Beif. hört! hört!)

Die Tarifpolitik der Reichsbahn führe zur Begünstigung der ausländischen Waren gegenüber den deutschen. So kostet z. B. der Transport von polnischen Zunder bis zur deutschen Westgrenze auf der Reichsbahn 3,63 Mark, während für dieselbe Menge deutschen Zunders auf der kürzeren Strecke von Breslau bis zur Westgrenze 5,67 Mark bezahlt werden müssen. (Beif. hört! hört!) Diese Tarifpolitik sei eine schwere Hypothek auf die deutsche Wirtschaft. Einmütig habe ihn, so erklärte der Redner, der Ausschuss beauftragt, dem Verkehrsminister zu raten: Langsam werde hart! (Beif. Beifall.)

Abg. Schumann (Frankfurt (Sod.)) nennt die Politik der Reichsbahn eine ununterbrochene Kette von nichtgehaltene Versprechungen, von Verletzungen von Rechtsgrundsätzen gegenüber dem Personal und von Auslegungen der Gesetzesbestimmungen zu Ungunsten des Reiches. (Hört! hört!) Der Redner fordert Ausbau der Wasserstraßen und Förderung des Luftverkehrs.

Abg. Engberding (D. Sp.) weist darauf hin, daß schon immer ein gespanntes Verhältnis zwischen der Reichsbahn und den konkurrierenden Eisenbahngesellschaften bestanden habe. Die Reichsbahn werde den Bedürfnissen der Wirtschaft in keiner Weise gerecht.

Ein Eisenbahndirektionspräsident erhalte mehr als ein Minister.

(Hört! hört!) Der Betrieb sei sehr mangelhaft. Die D-Züge Hannover-Berlin fahren so schlecht, daß man krank werden könne.

Klasse 2: 100 Mark, Klasse 3 bis 125 Mark, Klasse 4 bis 150 Mark, Klasse 5 bis 175 Mark, Klasse 6 bis 200 Mark und Klasse 7 über 200 Mark.

Heute sollen sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge zur Verhandlung kommen.

Volksbegehren vom 4. bis 17. März.

Vertreter des Ausschusses für entschädigungslose Fürstenerbschaftsprärogative sprachen bei dem Reichsminister des Innern v. Kütz vor und er suchten ihn um Auskunft darüber, zu welchem Termin die Listen für das Volksbegehren aufgelegt werden sollen. Der Minister antwortete, daß er in der nächsten Kabinettsitzung Anfang der kommenden Woche den Antrag stellen werde, daß die Listen vom 4. bis 17. März aufgelegt werden.

Anleihe für die Kommunen.

Die Gemeinschaftsanleihe für die deutschen Kommunalverbände genehmigt.

Die Beratungskommission für Auslandsanleihen in Berlin hat nunmehr die Aufnahme einer Gemeinschaftsanleihe für die deutschen Kommunalverbände in Höhe von 15 Millionen Dollar genehmigt. Die zwischen dem deutschen Sparfassen- und Giroverband und den in Berlin anwesenden Vertretern des New Yorker Bankhauses Harris, Forbes u. Co. wegen Uebernahme dieser Anleihe gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Einigung auf folgender Basis geführt: Die Anleihe wird von dem genannten Bankhause übernommen zu einem festen Auszahlungsfuß

Abg. Giesberts (Str.) fordert den Verkehrsminister dringend auf, den unhaltbaren Zuständen bei der Reichsbahn endlich ein Ende zu machen. Die Nichtdurchführung des rechtsverbindlichen Schiedsspruches sei nicht zu billigen. Erforderlich sei eine staatliche Kontrolle darüber, ob die Reichsbahn wirtschaftlich arbeitet, und ob die Substanz der Reichsbahn erhalten bleibt.

Abg. Dr. Hanemann (Dnt.) wünscht Ausbau des Kanalnetzes und bessere Dampferverbindung zwischen Swinemünde und Pillau.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohn hält es für erforderlich, die scharfen Differenzen zwischen Reichstag und Reichsbahn durch eine Vermittlungskommission zu beseitigen. Er, der Minister, sei zur Einleitung einer solchen Vermittlung gern bereit. Trotz dieser entgegenkommenden Haltung, so fährt der Minister fort, muß ich an dem grundsätzlichen Standpunkt festhalten, den ich in den Fragen der Personalpolitik und des Schiedsspruches bereits im Reichstage vertreten habe.

Augenblicklich sei die finanzielle Lage der Reichsbahn allerdings sehr schlecht, so daß sie zu einer allgemeinen Tariffenkung kaum in der Lage sein werde. Aber wir werden, so erklärte der Minister, darüber wachen, daß keine Erhöhung der Güter- und Personaltarife eintritt. (Beifall.)

Das Beispiel des Berichterstatters für das Verhältnis der Tarife für in- und ausländische Produkte wirkt zunächst gröszt, es muß aber berücksichtigt werden, daß das Salutadumping der ausländischen Bahnen die deutsche Reichsbahn zwingt, niedrige Durchfuhrtarife zu nehmen, damit beim Transport ausländischer Waren die deutschen Bahnen nicht umgangen werden.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) empfiehlt den demokratischen Antrag, wonach zum Staatssekretär des Verkehrsministeriums ein Techniker ernannt werden soll.

Abg. Dauer (Bayer. Sp.) trägt Wünsche nach Verringerung des Personals vor und fordert baldige Uebernahme des Reichsbahngesetzes.

Nach weiteren Ausführungen werden die Beratungen abgebrochen. Montag: Weiterberatung.

von 90 Prozent, bei einer Verzinsung von 7 Prozent pro anno und einer planmäßigen Tilgung zu parti innerhalb 21 Jahren. Die Anleihe kann nach 5 Jahren durch den Anleihegläubner teilweise oder insgesamt aufgekündigt werden. In diesem Falle erfolgt die Rückzahlung in der Zeit zwischen 5 und 10 Jahren zu 102 Prozent, nach 10 Jahren zu par. Es ist beabsichtigt, die Anleihe schon in der nächsten Woche in New York anzulegen. An der Anleihe sind etwa 200 Städte und Kommunen beteiligt. Es wird wahrscheinlich eine zweite Anleihe folgen.

Kein Reichstarif im Baugewerbe.

Die bereits mehrfach vertagten Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe sind, der „Bauwelt“ zufolge, endgültig gescheitert, da eine Verständigung über die Frage der Arbeitszeit nicht erzielt werden konnte. Lohnstreitigkeiten sollen durch ein zu bildendes zentrales Schiedsgericht nach einheitlichen Gesichtspunkten entschieden werden.

Nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Unter Beteiligung von mehr als 100 Vertretern aus allen Teilen des Reiches fand heute in Berlin der erste Gewerkschaftstag des nationalen Gewerkschaftsbundes statt. Die von der Versammlung angenommenen Entschlüsse geben den Besorgnis Ausdruck, daß die deutsche Wirtschaft und damit die deutschen Arbeitnehmer in wachsender Abhängigkeit vom internationalen Kapital geraten. Insbesondere nahm die Tagung in scharfer Form gegen das Dawesabkommen Stellung und verurteilte die Haltung der alten Gewerkschaften, die für die gegenwärtige Entwicklung verantwortlich gemacht werden.

Katholikenkundgebung in Berlin.

Gestern nachmittag veranstaltete der Volksverein für das katholische Deutschland, Abteilung Großberlin, eine stark besuchte Kundgebung im Plenarsitzungslokal des Reichstages, an der auch der Berliner Weihbischof Dr. Dietrich, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsjustizminister Dr. Marx, Dr. Stegerwald und zahlreiche Zentrumsgesandte teilnahmen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach über „Die sozialen Probleme der Großstadt“, indem er die Frage der Wohnungswirtschaft erörterte. Er erklärte, daß

eine Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft

erst dann möglich sein werde, wenn das vorhandene Wohnungsgeld beseitigt sei, und der Wohnungsnot zu begegnen bedürfe es des Kapitals. Es handle sich um die Frage, ob man einen solchen Realcredit von 50 bis 60 Millionen Mark zur Verfügung stellen könne und wolle. Wohnungsbau sei immer, wenn nicht im Uebermaß betrieben, produktiv.

Um einer erneuten Inflation vorzubeugen, sei der Preisaufbau unbedingt erforderlich.

Eine weitere Senkung des Zinsfußes werde folgen.

In einer im Reichstagsgebäude stattgehabten Besprechung innerhalb der Zentrumspartei, an der auch der Reichsjustizminister und Staatssekretär Lammerz teilnahmen, wurde beschlossen, die Zentrumsorganisationen der katholischen Diaspora rechts der Elbe gemeinsam mit dem Freistaat und der Provinz Sachsen, dem Freistaat Thüringen und den Städten Bremen und Hamburg zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Ministerialrat a. D. Spicker, der ehemalige Reichspressesekretär, gewählt. Die Arbeitsgemeinschaft soll, wie die Montagsspost berichtet, die Pflege des politischen Gedankens und eine stärkere Vertretung der Zentrumsorganisationen der Diaspora in der Partei bezwecken.

Tumultszellen in einer Schriftsteller-Versammlung.

Einen stürmischen Abschluß fand eine von dem Schutverband deutscher Schriftsteller, Ortsgruppe Berlin, in den Sitzungssaal des früheren Herrenhauses in Berlin einberufene öffentliche Versammlung, in der als Thema „Die Not der Schriftsteller“ auf der Tagesordnung stand. Nachdem eine ganze Anzahl von Rednern gesprochen hatte, sollte eine von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, Dr. Max Osborn, vorgeschlagene Entschließung angenommen werden, in der Staat und Reich aufgefordert werden, durch eine besondere Kostendation der völligen Verehrung des deutschen Schrifttums zuzukommen. Zu dieser Entschließung hatten die kommunistischen Vertreter einen Zusatz beantragt, in dem sie die entschuldigungslose Entzignung der Gürteln forderten. Als dieser Zusatz vom Vorsitzenden abgelehnt wurde, kam es zu wilden Tumultszellen, und dem Vorsitzenden blieb schließlich nichts übrig, als die Versammlung zu schließen, worauf der rein kommunistische Teil der Versammlung noch eine Weile weiter tagte und für sich eine Entschließung annahm.

Kleine Nachrichten.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Drummond, wird heute in Berlin erwartet.

Der Erzbischof von Gnesen und Primas von Polen, Kardinal Dabior, ist gestorben.

In München ist Graf von Crailsheim, der von 1890 bis 1903 bayerischer Ministerpräsident war, im Alter von 85 Jahren gestorben.

Italienische Sprachprämien für Tiroler Kinder, die die besten Fortschritte im Italienischen machen, wollen eine mehrtägige Osterreise der Kinder nach Mailand.

Aus Angst vor der Wahrheit gingen in Bozen Faschisten von Haus zu Haus und beschlagnahmten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit dem Artikel „Wahrheit über Südtirol“.

Den an der Prager deutschen Universität studierenden ausländischen Hörern wurde die Aufenthaltserlaubnis in der Tschechoslowakei entzogen, jedoch nicht denjenigen, die an der tschechischen Universität studieren.

Ramen Aus Stadt und Land.

Ramen, den 15. Februar.

Der Anmarsch des Vogelheeres.

Die Rückkehr der Zugvögel beginnt bereits im Februar. Schon in der ersten Hälfte des Monats trifft gewöhnlich der Bussard aus dem südlichen Europa ein. Mitte Februar beobachtet man auch die und da den Star, den Verkünder des Frühlings, den man nach in diesen Tagen eingelaufenen Wildungen auch jetzt bereits gesehen hat. Auch die Feldlerche und die Gabelweibchen kehren jetzt zurück. Wenige Tage darauf folgt die Ringeltaube und der Aibis. Zu den Ankömmlingen im März gehört die kleine Belding, die Wachschnepfe, das Hausrotschwänzchen, der Turmschwalbe, der graue Steinschmäger und die Singdrossel. Anfang April ziehen der Wiebehopf, die Rauchschwalbe, die große Rohrdrossel und die Bachstelze wieder ein. Dann folgen Grasmücke, Gartenvogel, Nachtigall, Nachtigall, Goldammer und Wendehals. Ende April wird Gelegenheit geboten, den Plattbüchel, den Sprosser, den Staud, die Hausschwalbe, die kleine Rohrdrossel, den Schilfrohrsänger zu begrüßen. Im Mai treffen die letzten Zugvögel ein; zuerst der Drosselrohrsänger, dann die Nachtigall, die Mandelfrösche, die Turmschwalbe, der Neuntöter, die Gartengrasmücke, der Pirol, der graue Fliegenfänger und zuletzt die Wachtel. Ein reichliches Vierteljahr dauert demnach der Anmarsch des großen Vogelheeres.

(Neue Gebühren für Wohnungsanfragen.) Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem mit Zustimmung des Finanzministers ergangenen Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern entnimmt, sind für die Beantwortung von Wohnungsanfragen durch die polizeilichen Einwohnermeldeämter mit Wirkung vom 1. März ab Gebühren nach folgenden Sätzen für den Einzelfall zu erheben:

a) soweit die Angaben aus Registern, Listen, Karteien, Akten usw. der Einwohnermeldeämter gemacht werden können, 0,50 M.;
b) sofern Nachfragen, Ermittlungen usw. erforderlich sind, 1 M. — In ganz besonderen Ausnahmefällen kann aus sachlichen oder persönlichen Billigkeitsgründen von der Gebührenerhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden.

(Mittung für Gewerbetreibende.) Bekanntlich haben die zur Gewerbesteuer veranlagten Gewerbetreibenden, die ihren Betrieb ganz oder auch nur vorübergehend einstellen wollen, hierüber dem zuständigen Gewerbesteuerbüro Mitteilung zu machen. Dieses berichtet darauf seine Gewerbesteuerstellen, ohne daß jedoch vermerkt wird, ob die Einstellung dauernd oder nur vorübergehend sein soll. Die Industrie- und Handelskammern greifen bei der Veranlagung ihrer Firmen zu den Handelskammerlisten auf diese Gewerbesteuerstellen zurück. Da in diesen seit der letzten Veranlagung viele Firmen gestrichen sind, kommt die Handelskammer leicht zu der Überzeugung, daß die Firmen ihren Gewerbebetrieb nicht mehr aufnehmen wollen. Es ist deswegen ein unbedingtes Erfordernis, daß alle diejenigen Firmen, die beabsichtigen, ihren Gewerbebetrieb nur vorübergehend einzustellen, die Industrie- und Handelskammer rechtzeitig in Kenntnis setzen. Am zweckmäßigsten geschieht dies unmittelbar im Anschluß an die Meldung bei dem Gewerbesteuerbüro. Andernfalls muß die Firma damit rechnen, daß das Amtsgericht auf Antrag der Handelskammer gegebenenfalls ein Ordnungsstrafverfahren die Lösung durchführt, was außer dem höhere Kosten zur Folge hat.

(Vermögenssteuervorauszahlung am 15. Februar.) Es wird darauf hingewiesen, daß am 15. Februar (Schonfrist 22. Februar) 1926 eine Vermögenssteuervorauszahlung fällig wird. Die Vorauszahlung beträgt grundsätzlich ein Viertel der für das Kalenderjahr 1924 festgesetzten Jahressteuer. Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, die im Gegensatz zu der früheren Regelung jetzt als solche steuerpflichtig sind, werden bis zum 15. Februar 1926 einen vorläufigen Vermögenssteuereinschlag erhalten. Die Gesellschafter können daher bei ihrer eigenen Vermögenssteuervorauszahlung von der an sich zu leistenden Vorauszahlung den Betrag abziehen, der auf den Anteil an der Gesellschaft entfällt.

(Das Milchpreisbarometer . . . steigt!) Der Westfälische Milchsausschuß hat nunmehr den Milchpreis wieder um 2 Pfg. für den Liter erhöht, so daß sich der Preis für den Liter molkeermäßig behandelte Milch wieder auf 30 Pfg. stellt. Die Erhöhung ist allerdings nur in der Tatsache, daß die letzte Preisermäßigung etwas überbietet, erfolgt, sowie in der Witterung zu suchen. Es handelt sich, wie uns mitgeteilt wird, nur um eine vorübergehende Erhöhung, die mit dem Fortschreiten der Jahreszeit wieder fallen gelassen wird.

Fällige Auseinandersetzungen zwischen dem zum Zeit hier auf Besuch weilenden Seemann A. und dem Maurer M. von hier in einer Wirtshauskneipe. A. kam besonders überdies und mußte sich wegen einiger Kopfverletzungen in ärztliche Hilfe begeben.

Untersuchungen und Betrügereien werden dem Reissenden B. aus Ramen von der Firma Pohl in Bielefeld zur Last gelegt. B. soll einkaufte Gelder in Höhe von 645 M. für sich verwendet haben.

Werne, 15. Febr. Beim Spiel erkrankt hat sich unfreiwillig der 10 Jahre alte Schreinerlehrling Schöpper. Er fuhr im Schuppen der elterlichen Wohnung auf dem Dach und legte sich einen Nieten um den Hals, der an einem Pfosten befestigt war. Dabei ritt das Rad aus und der Junge erstickte er nicht mehr die Geistesgegenwart befiel.

Dortmunder Rundschau.

Das städtische Planbureau, das während der Inflationszeit geschlossen werden mußte, soll gegen den 1. April wieder eröffnet werden.

(Zeppelin-Gedächtnis-Spende.) Der Ortsausschuß Dortmund für die Zeppelin-Gedächtnis-Spende hat sich erneut mit der Frage der Durchführung der Spende in Dortmund beschäftigt. Bekanntlich soll die Sammeltätigkeit im besetzten und besetzt gewesenem Gebiet mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeschoben werden. Zur lebhaften Freude des Ortsausschusses Dortmund hat sich nunmehr Dr. Gerner bereit erklärt, in Dortmund einen Vortrag zu halten. Für diesen Vortrag ist der 2. Mal in Aussicht genommen. Er wird voraussichtlich in der Westfalenhalle gehalten und von turnerischen und gefanglichen Darbietungen würdig umrahmt werden. Sonstige Veranstaltungen (Sammlungen irgendwelcher Art) sollen aus Anlaß des Vortrages nicht stattfinden.

(Wieder ergriffen.) Der bei seiner Ueberführung aus dem Landgericht ins Gefängnis am 22. Januar entlassene Arbeiter Heinrich Tieslad, der wegen Zuhälterei zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, konnte gestern morgen gegen 3 Uhr durch die Kriminalpolizei in der Wohnung eines Freundes, der der Polizei auch nicht unbekannt ist, wieder festgenommen werden. Der Liebesheld, der „Gastgeber“ und seine Frau mußten sich ihm anschließen.

Erste erfreuliche Anzeichen?

Der Gesamt-Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe in Münster, Barendorferstraße 25, berichtet:

Die in der Vorwoche ausgesprochene Vermutung, daß der Westfälisch-Lippische Arbeitsmarkt seinen Tiefstand wohl erreicht habe, wird durch die Entwicklung in der 2. Februar-Woche bestätigt. In den 20 wichtigsten Arbeitsnachweisbezirken hat seit Mitte vorigen Jahres zum ersten Male weder die Zahl der Arbeitsuchenden noch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zugenommen. Zwar melden einige Arbeitsnachweise noch weitere Einzelentlassungen, doch werden diese mehr oder weniger durch Neueinstellungen in anderen Betrieben ausgeglichen. Man darf also mit dem nötigen Vorbehalt hoffen, daß die Arbeitsmarktlage sich nicht weiter in absteigender Richtung bewegt.

Aus dem Stillstand in der Abwärtsentwicklung des Arbeitsmarktes ist jedoch nicht ohne weiteres auf eine allgemeine Besserung der Wirtschaftslage zu schließen. Die Lage in den wichtigsten Berufsgruppen ist vielmehr noch recht ungünstig, da das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage weit übersteigt.

Von der Arbeitslosigkeit sind wie bisher noch immer am schwersten die ungelerten Arbeiter betroffen. Eine Entlastung vornehmlich dieser Arbeiterkategorie darf in etwa von der vermehrten Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten aller Art, wie Straßenbau, Kanalarbeiten, Anlage von Sportplätzen usw. erwartet werden. In der richtigen Erkenntnis, daß durch diese Schaffung von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten in Form von Notstandsarbeiten ein weiterer Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden zu erwarten ist, haben die meisten Arbeitsnachweisbezirke in größerem Umfang Notstandsarbeiten geplant.

Es werden in Dortmund demnächst etwa 1200 Notstandsarbeiter beschäftigt werden können; auch Bielefeld, Bielefeld-Stadt, Gladbeck berichten, daß bei Genehmigung der geplanten Notstandsarbeiten 2-4000 Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden kann.

Münster bemüht sich — bisher allerdings vergeblich — um die Fertigstellung des stillgelegten Bahnhofs Münster-Dortmund, bei dem 1000 Erwerbslose etwa 2½ Jahre lang Arbeit finden würden.

Von wesentlicher Bedeutung für die Belebung des Arbeitsmarktes ist die baldige Wiederaufnahme des darniederliegenden Baugewerbes, das als Schlüsselindustrie eine Reihe anderer Wirtschaftszweige beleben könnte und würde. Ob jedoch infolge der angespannten Finanzlage die geplanten Bauvorhaben zur Durchführung kommen können, erscheint sehr zweifelhaft.

Quer durch Westfalen und Rheinland.

Eine Uebertretung des Preussischen Vergesetzes.

Werne, 13. Febr. Die Geschäftsleitung des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Bezirk Hamm, erstattete, wie in einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ausgeführt wurde, gegen den stellvertretenden Betriebsführer der Zeche Werne, Schacht III, in Rünthe, wegen Uebertretung des § 93c des Preussischen Vergesetzes beim Überbergamt in Dortmund im September v. J. Anzeige. Nach § 93c darf für Arbeiter, die an Betriebspunkten mit einer gewöhnlichen Temperatur von mehr als + 28° Celsius nicht bloß vorübergehend beschäftigt werden, die Arbeitszeit täglich 6 Stunden nicht übersteigen. Es wurde u. a. gefragt, ob das Überbergamt in Dortmund auf die Anzeige hin etwas unternommen habe.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des Preussischen Handelsministers mitteilt, wurden die Beschwerden an Ort und Stelle von dem Bergwerksbeamten durch Vernehmung der Beschuldigten und einer großen Anzahl von Zeugen eingehend untersucht. Auf Grund der getroffenen Feststellungen erscheint für einzelne Betriebspunkte der Steigerreviere 5 und 7 der Verdacht einer Zuwiderhandlung gegen § 93c des Vergesetzes begründet. Die Anzeige wurde daher unter Beifügung eines Verhandlungsprotokolls, eines Altemausguges und eines Gutachtens des Oberstaatsanwalts in Dortmund zur Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die verantwortlichen Betriebsführer vorgelegt; das Verfahren schreibt gegenwärtig. Im übrigen findet eine unzulässig lange Arbeitszeit an heißen Punkten auf der Zeche nicht mehr statt; Beschwerden der Belegschaft liegen nicht mehr vor.

der Westfalenhalle gehalten und von turnerischen und gefanglichen Darbietungen würdig umrahmt werden. Sonstige Veranstaltungen (Sammlungen irgendwelcher Art) sollen aus Anlaß des Vortrages nicht stattfinden.

(Wieder ergriffen.) Der bei seiner Ueberführung aus dem Landgericht ins Gefängnis am 22. Januar entlassene Arbeiter Heinrich Tieslad, der wegen Zuhälterei zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, konnte gestern morgen gegen 3 Uhr durch die Kriminalpolizei in der Wohnung eines Freundes, der der Polizei auch nicht unbekannt ist, wieder festgenommen werden. Der Liebesheld, der „Gastgeber“ und seine Frau mußten sich ihm anschließen.

Direkt vom Baugewerbe als solchen sind die Ziegeleien abhängig. Die Ziegeleien in Westfalen und Lippe haben durchweg einen großen Wert an fertigen Steinen, so daß sie zum Teil nur dann in der nächsten Zeit Arbeiter beschäftigen können, wenn das Baugewerbe einen besseren Beschäftigungsgrad ausweist als das Vorjahr. Die Aussichten für das Ziegeleigewerbe sind demnach außerordentlich ungünstig.

Von der Wirtschaftskrise sind auffallend stark immer noch fast alle Zweige der Metallindustrie betroffen. Zwar ist es in der Berichtswochen nicht zu weiteren Betriebsstillegungen gekommen, aber es haben einige Betriebe, z. B. das Bittener Gußstahlfabrik und eine Emailfabrik in Hiltrop, die Stilllegungsgenehmigung erhalten, sobald bei Nichterfüllung weiterer Aufträge die Gefahr besteht, daß die in diesen Betrieben beschäftigten 1100-1200 Arbeiter nach Ablauf der Sperfrist zur Entlassung kommen. Die Gründe für die schwierige Lage in der Metallindustrie dürften vor allem in einem erheblichen Auftragsmangel, in der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung und letzten Endes in der starken französischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt infolge des niedrigen Frankenkurses zu suchen sein.

Die übrigen Gewerbezweige weisen gleichfalls einen wenig günstigen Stand auf, der sich in Feuerschichten und Kurzarbeit ausdrückt.

Die ungünstige Arbeitsmarktlage im Rheinisch-Westfälischen Bergbau hat sich in der Berichtswochen wenig verändert, da neue Entlassungen nicht zu verzeichnen und auch die erfolgten Neueinstellungen zahlenmäßig nicht groß waren. Leider werden auch die nächsten Wochen aller Voraussicht nach noch keine Besserung in den Arbeitsmarktsverhältnissen bringen, da bereits neue Betriebe einschränken (Zeche Holstein und Schlägel und Eisen III) angekündigt bzw. wie beim kassischen Bergbau, wenigstens in Erwägung gezogen worden sind. Zwar darf angenommen werden, daß die hierdurch eintretenden Entlassungen durch Neueinstellungen von Vergarbeitern auf anderen Zechen des Rheinisch-Westfälischen Bergbaus mehr oder weniger ausgeglichen werden. Die Absatzverhältnisse auf dem Kohlenmarkt sind noch so gestärkt, daß mit größeren Wiedereinstellungen von Vergarbeitern vorerst nicht zu rechnen ist. Die Nachrichten von der bevorstehenden Neuauflage von 2000 Vergarbeitern auf den Toppeschächten hat sich leider als falsch erwiesen.

Nach dem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für die Stadt und den Landkreis Essen hat die sprunghafte Zunahme der Arbeitslosen im Januar eine Verlangsamung erfahren. Die Neuauflagen von Arbeitsuchenden sind um 24 Prozent zurückgegangen. Falls dieser Rückgang anhält, darf man ihn, wie das „Berl. Tageblatt“ schreibt, als erstes erfreuliches Anzeichen einer beginnenden Wirtschaftsbelebung im Ruhrgebiet bewerten.

Münster, 12. Febr. (Der gefangene „Graf“.) Auf dem Schloß des Erbprinzen Graf zu Visehring zu Lüdinghausen sprach ein eleganter Herr vor, der sich als der ungarische Graf Wodarczaf vorstellte und angab, eine Geschichte über die westfälischen Burgen und Schlösser herauszugeben und daß er zu diesem Zwecke die Entdeckungsgeschichte der Burg Visehring zu erfahren wünsche. Bei der näheren Unterhaltung verwickelte sich der Herr Graf in allerlei Widersprüche, die die Echtheit seines Adels zweifelhaft erscheinen ließen. Er hat dann ferner um Ueberlassung des Schloßautos, um damit gleichzeitig dem Grafen v. Kanitz in Kappenberg einen Besuch abzustatten. Der alte Erbprinz schöpfte Verdacht, ließ die Schloßbrücken herab und nahm den „Grafen“ gefangen. Die inzwischen herbeigerufene Polizei nahm sich des Grafen an, der sich später als ein Gauner entpuppte.

Münster, 13. Febr. (Eigenartige Dankbarkeit.) Einige Reisende versuchten auf einem Bahnsteig des Hauptbahnhofes in den Zug zu springen, als er sich schon in Bewegung gesetzt hatte. Mehrere Bahnbeamte, die die Gefahr kannten, waren hinzugeeilt und konnten noch einen der Fahrgäste, der zu Fall gekommen war und Gefahr lief, überfahren zu werden, aus seiner lebensgefährlichen Lage befreien. Zum Dank dafür griff dieser, zur Rede gestellt, den aufführenden Pförtner an, indem er rief auf den schon älteren Beamten ein. Die Schutzpolizei nahm ihn fest, wobei er heftigen Widerstand leistete, und brachte ihn nach der Polizeiwache. Dieser dankbare „Herr“ wird sich in nächster Zeit vor dem Gericht zu verantworten haben.

Meine, 13. Febr. (Schwere Ausschreitungen.) Etwa 50 Arbeiter aus Bochum, die in der Nähe von Nordhorn bei Kultivierungsbetrieben beschäftigt waren, zerstreuten nach einer andauernden Besetzung die Kantine und Baracken.

Es wurde ein Schaden von mehreren hundert Mark angerichtet. Erst ein größeres Polizeieinsatz konnte die Ruhe wieder herstellen. Ein großer Teil der Auffälligen wurde gewalttätig abgeführt.

Bagen, 12. Febr. (Die gekränkten Beamten.) Im Deutschen Alerpie im oberen Volmetal ist es vorgekommen, daß den Beamten die doppelt und dreifachen Gehaltsbezüge ausbezahlt worden sind. Mit dieser Angelegenheit hat sich eine von Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten sowie Lehrern besetzte Beamtenversammlung beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, gegen jeden gerichtlich vorzugehen, der unwahre Behauptungen über die Beamtenselbstgehalte verbreitet, um gegen die Beamten zu vorgehen.

Deutsche Glocken nach Amerika.

Brilon, 13. Febr. In der Glockengießerei von H. Humpert in Brilon sind die für die Kathedrale in San Francisco bestimmten Glocken auf ihre Tonschönheit geprüft worden. Nach Fertigstellung des Glockenstuhles und des elektrischen Läutewerkes werden sie nach Amerika abgefahren.

Gelsenkirchen, 13. Febr. (Die vierfache „50“.) Einem Ehepaar in Gelsenkirchen war es vergönnt, vor kurzem das Fest der Goldenen Hochzeit zu begehen, und zwar in voller geistlicher und körperlicher Frische. Zu gleicher Zeit feierte der Mann sein 50jähriges Bürgerjubiläum. Ferner vermochte der Gemann auf eine fünfzigjährige Tätigkeit in seiner Arbeitsstätte zurückzublicken. Und dann sind sie seit 50 Jahren treue Bezieher und Leser ihrer Zeitung.

Buer, 13. Febr. (Mit dem Auto ins Schauspieler.) Als ein Personauto durch die Bremerstraße in Hiltrop fuhr und einen großen Schaden machte, um einen Fuhrwerk auszubiegen, verlor der Führer des Wagens die Herrschaft über das Auto und raste in vollem Tempo über die Straße hinaus in das Ladenlokal der Spar- und Darlehenskasse. Während die Scheibe vollständig zertrümmert wurde, mußte das schwerbeschädigte Auto abgeschleppt werden.

Buer, 13. Febr. (In der Grube überfallen.) Im unterirdischen Betriebe der Zeche Bismarck wurde der Steiger C. von dem Bergmann Walpurgis tötlich angegriffen. W. führte mit erhobener Spitzhacke auf den Steiger ein und schlug damit auf C. der dadurch am Arm schwer verletzt wurde, ein. Der verletzte Steiger mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Der Grund zu diesem Anschlag auf seinen Vorgesetzten soll in einem vorangegangenen Wortwechsel zwischen dem Steiger und dem W. zu suchen sein.

Haltern, 13. Febr. (In den Händen der Liebe.) Der Lokomotivführer Karl Gerte mußte sich vor Gericht verantworten. Es handelt sich um einen jungen Mann, der durch die Zügel eines jungen Mädchens auf die schiefe Bahn geraten ist. Um in ihrer Gunst bleiben zu können, war er gezwungen, mit seiner Angebeteten tagtäglich in ein Café zu gehen und sie mit Süßigkeiten zu traktieren. Die Folge war unausweichlich; um sich das nötige Geld zu verschaffen, unterschlug er Geldbündel und entwendete von dem Eigentum seines Dienstherrn. Das Gericht verurteilte G. zu 2 Monaten Gefängnis.

Gladbeck, 13. Febr. (Von einem Steinblock erschlagen.) Auf den Wollerschächten waren einige Arbeiter mit dem Transport von großen Steinblöcken beschäftigt. Plötzlich geriet einer der Bauarbeiter, ein 16-jähriger Arbeiter aus Gladbeck, unter einen großen Steinblock. Er wurde so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat. Der schwere Block hatte dem jugendlichen Arbeiter die Brust eingedrückt und am Kopf verletzt. Es mußte erst ein Pferdegespann herangefahren werden um den Unglücklichen von der schweren Last zu befreien. Der herbeigeholte Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Elberfeld, 13. Febr. (Der Polizeibeamte im „Spekulationsmerch.“) Folgende Geschichte hat sich in Cronenberg zugetragen. Ein Polizeibeamter traf einen Stromer, der aus einem Gefängnis entwichen war. Der Polizeibeamte nahm den Ausreißer fest und brachte ihn zum Polizeigewahrsam. Nach einigen Stunden brachte er dem Gefangenen das Essen, wobei er den Schlüssel von außen in der Tür stecken ließ. Die zufällige Gelegenheit zur Flucht nutzte der Sträfling aus. Als der Beamte den Knopf auf den Tisch setzen wollte, erhielt er plötzlich von dem Gefangenen einen Stoß, so daß er auf die Pritsche fiel. Doch ehe er sich erheben konnte, war der Ausreißer draußen und hatte die Tür zugeschlossen. Erst nach stundenlangem Rufen, als der Sträfling schon über alle Berge war, wurde der Polizeibeamte aus seiner keineswegs angenehmen Lage befreit.

Mülheim, 13. Febr. Eine natürliche Erklärung hat ein geheimnisvoller Sargfund erhalten. Es waren vor einiger Zeit auf dem Gelände des neuen Sportplatzes zwei Kindergräber ausgegraben worden, und gleich folgte in Verbindung dieser Angelegenheit mit der Befragung ein geheimnisvoller Mann ein. Die Tatfache ist inzwischen aufgeklärt worden; es handelt sich um ein Zeremonie, die die Franzosen vor etwa 1½ Jahren abhielten, wobei die Särge als Symbol der abgelaufenen Dienstzeit vergraben wurden.

Arsfeld, 13. Febr. (Der Sturz aus der Höhe.) In Arsfeld stürzte ein mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigter Telegraphenarbeiter aus einer Höhe von 9 Metern ab und fiel dabei in eine Autoreparaturwerkstatt, wo er auf den Führer eines Kraftwagens aufschlug, ohne irgendwelchen Schaden zu nehmen.

Düsseldorf, 13. Febr. (Amerikanische Gäste in Deutschland.) Der Amerikanische Hotelier-Verband nimmt in diesem Frühjahr mit mehreren Hundert Mitgliedern an dem Kongress der Internationalen Hotelallianz in Paris teil. Im Anschluß daran unternimmt der Verband der Amerikaner eine Reise durch Europa. In der Zeit vom 30. April bis 9. Mai geht die Reise durch Deutsch-

en hundert
Polizei
ellen. Ein
gewaltiam
Beamt.)
metall ist es
so ppe-
s be züge
Ange-
Staats- und
euchte Be-
wurde ein-
richtlich
hauptungen
um gegen
merika.
engischer
die für
s co be-
prüf wor-
stufend un-
sie nach
schafe, 50%)
ar es ver-
nenen Ho-
der geistlich
der Zeit
Bürgerjubli-
an auf eine
Arbeitsstätte
50 Jahren
ma.
ins Schan-
ch die Mo-
großen Bo-
ausgaben,
Herrschaft
Tempo über
der Spar-
schiffe voll-
das schwer-
überfallen.)
e Wismar
mann Wal-
e mit erho-
und schlag-
schwer ver-
liger mußte
neben. Der
Vorgesetzten
wechsel zu-
suchen sein.
Banden ter
mußte sich
teilt sich um
Freibereiten
chiese Bahn
bleiben zu
einer Ange-
gehen und
Die Kasse
stigte Geld
hendungen
um seines
lte G. zu
Steinblock
waren von
großen
eriet einer
arbeiter aus
nblod. Er
Dad alsbald
den jugend-
r i d t und
n Pferdege-
ren. Unghl-
reden. Der
Tod fest-
beamt im
schichte hat
Polizeib-
einem Ge-
fahlsbeamt
te ihn zum
nden brachte
bel er den
n lich. Die-
nigte der
den Schnap-
er plöglich
daß er auf
heben konn-
hatte die
unbenlangem
alle Berne
seiner lei-
tliche Er-
argfund er-
auf dem Ge-
Kinderfänge
hte in Ver-
er Befabung
Die Tatlage
handelt sich
en vor etwa
als Sime-
vergraben
arz aus der
Ausbesse-
phenarbeiter
nd fiel dabei
er auf den
schlug, ohne
merikanische
Almerika-
nimmt in
wert Mitglie-
ernationalen
schlug daran
ritaner eine
vom 30.
nach Deut-

Land. Am Nachmittag des 30. April treffen die Amerikaner in Düsseldorf ein. Sie werden von den Regierungsbehörden, der Stadtverwaltung, der Ausstellungskomitee und dem Reichsverband der Deutschen Hoteliers und Restaurateure und verwandter Berufe, der in Düsseldorf seinen Sitz hat, empfangen und begrüßt. Eine Vorbesichtigung der „Gefaselt“ schließt sich an. Von Düsseldorf aus geht die Reise nach Bremen, Hamburg, Berlin und Köln, anschließend eine Rheinfahrt Wiesbaden, Frankfurt-Main, Heidelberg, Baden-Baden und von dort nach Wien und Italien.

Düsseldorf, 13. Febr. (Die Düsseldorf) Rheinbrücke.) In diesen Tagen ist ein weiterer wichtiger Bauabschnitt bei den Umbauarbeiten an der Rheinbrücke erreicht worden. Die neuen Eisenkonstruktionen sind jetzt vollständig montiert, und es fehlen nur noch einige weniger wichtige Teile. Die beiden neuen Straßenbahngleise sind ebenfalls fast über die ganze Brückenlänge verlegt, sogar das Außengeländer ist vollständig angebracht. Im übrigen sind die Brückenbauarbeiten damit beschaffen, den Rest der Winterarbeiten auszuführen. In diesen Tagen wird mit dem Verlegen des Plattenbelages auf den Fuß- und Radfahrwegen begonnen. Daß die Arbeiten trotz einiger Streiks im Sommer und ungünstiger Witterung, Hochwasser und Eisgangs in diesem Winter bis heute soweit fortgeschritten sind, stellt eine glänzende Leistung des deutschen Brückenbaues dar.

„Gefährdung der Besatzungstruppen“

durch die Kölner Schupo.

Köln, 13. Febr. Die Vorkämpfer-Konferenz soll, nach einer Kölner Meldung, bei der Reichsregierung Einpruch gegen die Verlegung von vier Polizeihundertschaften nach Köln erhoben haben. Wie hierzu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in Paris Verhandlungen über die Stärke der Schutzpolizei im besetzten und unbesetzten Rheinland im Gange. Die Reichsregierung hat sich auf Grund der bisher mit den Alliierten geführten Verhandlungen damit einverstanden erklärt, bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen lediglich drei Schutzpolizei-Hundertschaften in Köln zu belassen.

Köln, 13. Febr. Eine 150 Meter lange neue Werkanlage hat die Firma Fellen und Gull-lesanne zu Köln-Mülheim gebaut, die nunmehr nach 34jähriger Bauzeit fertiggestellt wurde. Die Stadt hat der Firma die Gerechtsame auf 99 Jahre übertragen. Als Gegenleistung tritt die Firma ihre bisherige Werft, die nur kleinen Umfang hat, an die Stadt ab, die das Gelände zum späteren Uferausbau braucht.

Cleue, 13. Febr. (Geschmuggelter Kaffee.) Bei einer Revision der Straßenbahn auf dem Wege von Cranenburg (Holland) nach Cleue wurden 22 Pfund holländischen Kaffees vorgefunden. Der Eigentümer der kostbaren Fracht meldete sich wohlweislich nicht, da er außer der Einleitung der Schmuggelware noch eine empfindliche Strafe zu gewärtigen hatte. Der herrenlose Kaffee wurde beschlagnahmt und die Untersuchung eingeleitet.

Nahe, 13. Febr. (Ein großes Mühlenwerk in Flammen aufgegangen.) Durch eine Feuerbrunst wurde die in dem Dorfe Dövers gelegene Sammlische Mühle mit Stallungen, Scheunen und Schuppen vollständig eingestürzt. Den verzweifelten Anstrengungen von drei Feuerwehrern gelang es nur mit Mühe, das Wohnhaus zu retten. Außer den Gebäuden stelen dem Feuer 30 Morgen Ackerland, zwei Pferde, 4 Schweine, der gesamte Geflügelbestand sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen zum Opfer.

Nahe, 13. Febr. (Alter schließt vor Torheit nicht.) In einem häuslichen Streit wurde ein 39 Jahre alter Anstreicher von einem 76 jährigen Invaliden derartig mit einem Messer mißhandelt, daß der Verletzte umgehend dem Marienhilfs-Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der „patriarchalische“ Messerheld wurde in Haft genommen.

Bonn, 13. Febr. (Die Stadt der Denkmäler.) Das Gefallenen-Denkmal der Bonner Universität, dessen Aufbau die Besatzung verboten hatte und das jetzt fertiggestellt worden ist, wird voraussichtlich am 21. Februar enthüllt und seiner Bestimmung übergeben werden. Ein zweites Denkmal, das der Erinnerung an die schweren Kriegsjahre dienen soll, soll demnächst ebenfalls, und zwar in dem Baum-schuler Wäldchen, aufgestellt werden. Ferner haben die Angehörigen der 160. Infanterie und der Königschützen den Wunsch, Erinnerungszeichen an die Jahre 1914 bis 1918 aufzustellen. Weiter wollen einige größere Vereine, besonders die Militärvereine, auf ihre Kosten ein Gefallenen-Denkmal in der Cronau errichten. Sodann wird in der evangelischen Kirche am Kaiserplatz an einem Ehrenmal in Form einer Gedächtnistafel gearbeitet, das am Volkstheatermarkt, am 28. Febr., der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Koblenz, 13. Febr. (Die Bestechungsfrage.) Seit Jahresfrist hat sich das Gericht fast ununterbrochen mit Anklagen gegen Angehörige und Lieferanten des Koblenzer Reichsvermögens-amts wegen Bestechung zu beschäftigen. Obwohl bereits über fünfzig Einzelfälle abgeurteilt sind, kommen immer wieder neue Fälle zur Verhandlung. Ein Bautechniker hatte als Angehöriger der Reichsvermögensverwaltung Bankbills zu verkaufen. Von dem Erlös hat er größere Beträge in seine eigene Tasche gesteckt. Er erhielt einen Monat Gefängnis. Ein Kaufmann aus Simbura hatte Angehörigen des Reichsvermögensamts, um Aufträge zu erhalten, Bestechungsgelder gewährt. Das Gericht erließ ihm ebenfalls eine Bestechung und verurteilte ihn zu 150 Mark Geldstrafe. Ein anderer Kaufmann, dem ein gleiches Vergehen nicht mit voller Sicherheit nachgewiesen werden konnte, mußte freigesprochen werden.

Vereinheitlichung der Straßenverkehrszeichen.

Im Berliner Polizeipräsidium finden zurzeit Besprechungen statt zwischen leitenden Personen des Verkehrs verschiedener Großstädte, um die Möglichkeit eines Abschlusses einer Vereinbarung über allgemeine Einführung gleicher Verkehrszeichen für Berlin, Hamburg und das sächsische Staatsgebiet. Außerdem besteht die begründete Aussicht, daß sich die übrigen Städte den eventuellen Vereinbarungen anschließen werden.

Nach dem bisherigen Ergebnis haben sich manche Verkehrszeichen nicht bewährt und werden deshalb durch neue ersetzt werden. Als unzuverlässig haben sich die drehbaren Signalständer erwiesen. Diese Ständer geben durch einen Druck auf einen Hebel Signale. Da aber das vorbereitende Abklingensignal fehlt, ist der Uebergang zu plötzlich, weshalb diese Einrichtung voraussichtlich nicht zur Einführung kommt. Weiter haben sich die Kennzeichen für Straße n. 1. und 2. Ordnung, insbesondere in der Dunkelheit, als unvollkommen erwiesen. Deshalb werden Umrandungen für die Straßenschilder selbst eingeführt. Diese neuen Umrandungen bestehen für Straßen 1. Ordnung aus roten Karos auf weißem Grund und für Straßen 2. Ordnung aus roten Linien. Als wertvolle und praktische Verkehrszeichen haben sich dagegen sowohl die tiefstehenden unmittelbar auf der Straßenebene befindlichen wie auch die auf kleinen Sockeln stehenden Schilder bewährt.



Die Ueberraschung des Breslauer Sechstages-Memmens.



Die Ueberraschung des Breslauer Sechstages-Memmens.

ebenfalls haben sich bewährt bewegliche Teile auf dem Fahrdamm zur Erkennung von Straßenbahnhaltestellen. Die Versuche mit dem kleinen automatischen Leuchtstern sind noch nicht abgeschlossen. Die weißen Sicherheitslinien auf dem Fahrdamm, die sich u. a. in Amerika gut bewährt haben, sollen nach einem neuen Verfahren dauerhaft gestaltet werden. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel soll die Einrichtung von Vorwarnstufen auf dem Fahrdamm weiter durchgeführt werden. An gefährlichen Straßenkreuzungen sollen durch eine weiße Linie zwei Einbahnstraßen geschaffen werden.

Die Staatsangehörigkeit der Deutschen in Südwestafrika.

Nach § 25 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliert ein Deutscher, der im Inland weder seinen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt hat, seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nur dann, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag erfolgt. Darnach behält die deutsche Staatsangehörigkeit ein Auslandsdeutscher, der eine fremde Staatsangehörigkeit nicht auf seinen Antrag, sondern kraft des Rechtes seines Aufenthaltsstaates ohne weiteres erwirbt.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht einem Aushang des Preussischen Innenministers entnimmt, hat die Regierung der Südafrikanischen Union als Mandatarin für das ehemalige Schutzgebiet Südwestafrika durch ein am 12. September 1924 in Kraft getretenes Gesetz den in Südwestafrika ansässigen Angehörigen der ehemaligen deutschen Staaten unter gewissen Voraussetzungen das britisch-südafrikanische Bürgerrecht automatisch verliehen mit der Maßgabe, daß die Erwerber die neue Staatsangehörigkeit innerhalb einer Frist von 6 Monaten auszusagen können. Nach dem Obengesagten haben die Deutschen, die auf Grund dieses Gesetzes die britisch-südafrikanische Staatsangehörigkeit erworben haben, daneben die deutsche Staatsangehörigkeit behalten. Der Minister ersucht daher die nachgeordneten Behörden, darauf zu achten, daß den Deutschen aus Südwestafrika nicht etwa unter Verkenntnis der Rechtslage die Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit verweigert wird, und daß ihnen beim Aufenthalt in der deutschen Heimat nicht Schwierigkeiten bereitet werden.

Die Prüfung von Personalbeschwerden bei der Reichsbahn.

Die Prüfung von Beschwerden gegen das Verfahren einer der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft nachgeordneten Stelle bei der Behandlung von Personeneinzel-fällen und die Sorge für Abhilfe bei Feststellung von Mißständen ist, wie der Amtliche Preussische Pressebericht auf Grund der Antwort des preussischen Handelsministers auf eine kleine Anfrage mittelt, Sache der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Der Reichsregierung steht nach dem Gesetz über die Deutsche Reichsbahn in Bezug auf die Behandlung von Personeneinzel-fällen weder ein Aufsichtsrecht noch ein Auskunftsrecht zu.

Kanonendonner am Gardasee.

Die Anwohner des Gardasees wurden dieser Tage durch fürchterlichen Kanonendonner erschreckt, den sie sich zunächst nicht erklären konnten. Man vermutete bereits einen Vor-marsch der italienischen Truppen im Zusammenhang mit der kriegerischen Rede des Duce in Rom. Später stellte sich heraus, daß der Ober-befehlshaber der italienischen Luftstreitkräfte und Nationaldiktator Italiens, Gabriele D'Annunzio, in seiner Begeisterung über Mussolinis energiegeloses Auftreten das Braut der „Fuglia“ — eines im Kriege berühmt ge-wordenen Kriegsschiffes, von dem Teile in D'Annunzios Part aufgebracht sind — bestiegen und von dort 27 Kanonenschüsse zu Ehren des Diktators abgefeuert hatte.

Spritschieber Holzmann.

Die Verhaftung in Brüssel. — „Jetzt ist nichts mehr zu machen.“ Ueber die Verhaftung Holzmanns teilte Kriminalkommissar Walter Müller in einem Gespräch folgende Einzelheiten mit: Die Spur der Flucht führte zunächst nach Paris, doch war es offensichtlich, daß sie nur die Polizei irreführen sollte. Bald konnte festgestellt werden, daß, wie von der Polizei angenommen wurde, Holzmann nach Brüssel geflüchtet war, wo er einen guten Freund hatte. Vor zehn Tagen kam Kriminalkommissar Müller an und hatte bald die Sicherheit, daß Holzmann in der Tat sich in Brüssel aufhielt. Aber Holzmann war vorsichtig und wechselte

Der Brotpreis, der in Paris am 2. Februar auf 1,75 Franken erhöht worden ist, wird in der kommenden Woche weiter auf 1,80 Franken erhöht werden.

Mehrere Bombenanschläge auf Primo de Rivera, den spanischen Diktator, wurden in Barcelona verübt. Nach dem Bahnhof explodierte eine Bombe, die die Schienen auf mehrere Meter aufgerissen hat. Eine italienische Gräfin, die 27 jährige Marchesa Gabriele Serra-Manichedda, eine Tochter des russischen Abolaten Blinzer-mann und eine Schwester der Schauspielerin Maria Orska, wurde in einem Hotel unter den Linden in Berlin erhängt aufgefunden.

In Rom hat der Vizegouverneur angeordnet, daß die erste Rede Mussolinis in sämtlichen Schulen von den Lehrern erklärt werde, und daß darauf anschließend eine Kollekte für das Vatikan-Denkmal vorgenommen werden soll.

Die Sensation des Tages in Moskau ist die in rückwärtsloser Form folgende Absetzung Derschinskis vom Posten eines Leiters des Obersten Wirtschaftsrates.

In Mazedonien und Griechenland sind dem italienischen Faschismus ähnliche Organisationen in der Bildung begriffen, um gegen den Kommunismus zu kämpfen und das Nationalgefühl des Volkes zu heben.

Die Vorbereitungen für den neuen Marokkofeldzug werden auf beiden Seiten eifrig betrieben. Trotz anhaltend schlechten Wetters haben die Kistuppen den Ueber-fluss westlich vom Djebel Messaia überschritten.

Nach Meldungen aus Tanger soll Abd el Krim eine neue Offensive im Aschaballa-gebiet vorbereiten.

In amerikanischen Anthrazit-bergbau wurde der Kohlenbergarbeiterstreik beendet.

Unter den in Amerika gelandeten Einwanderern (zwischen Juli und Dezember) stehen die Deutschen der Zahl nach an erster Stelle. Es trafen ein: 22006 Deutsche, 15455 Engländer, 14442 Irländer.

Kemal Pascha, der Präsident der türkischen Republik, beabsichtigt demnächst London zu besuchen.

In Damaskus ist eine provisorische Regierung gebildet worden. Dem General Andrea wurde der Titel „Militärgouverneur von Damaskus“ verliehen.

In China hat sich Wupeifu in den Besitz der Eisenbahnstation Fengshichuan gesetzt und bei Sing-Yan-Show eine Abteilung Sonan-truppen eingeschlossen und zur Uebergabe ge-zwungen.

Aus dem Reiche.

Eine gründliche Instandsetzung des Brandenburger Tor.

Für die 250 000 M. bereitgestellt sind, ist unter den Aufständischen für Berlin vergeben. Seit 12 Jahren beschäftigt man, die erheblichen Schäden, die am Fries des Denkmals, unterhalb des Hauptgesimses, entstanden sind, zu beseitigen. Die in Sandstein gearbeiteten Erbsen- und Kugelschmucke sind bereits seit Anfang des Krieges fertiggestellt. Aus Mangel an Mitteln war ihre Anbringung bisher nicht möglich. Das soll nunmehr nachgeholt werden. Ferner wird die Bedachung des Tor und der beiden Torgebäude, die bisher aus Zinkblech bestand — das Kupferblech wurde während des Krieges entfernt — wieder in Kupfer aus-gesetzt werden. Umfassende Renovierungsarbeiten sind weiterhin, wie durch Untersuchung Sachverständiger festgestellt wurde, an der Quadriga selbst notwendig geworden, deren innere Eisenkonstruktion vollständig verrotten ist und zusammenzubrechen droht, während die Kupfer-plattierungen zahlreiche Schußlöcher aus den Wirren der Revolutionszeit aufweisen.

Die Bodenentkungen in den Saargruben. Infolge des französischen Raub-baus und der damit zusammenhängenden Bodenentkungen in den Saargruben mußte in Altwald eine Anzahl Häuser wegen Einsturzgefahr abgetragen werden. Eine Straße des Dries ist auf mehrere Meter plötzlich eingebrochen.

Beziehungen bei den Münchener Renesten Nachrichten.

Die Aktienmehrheit der Münchener Renesten Nachrichten ist in den Besitz des Herrn von Kramer-Klett, der dem rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei angehört, übergegangen. Herr v. Kramer-Klett hatte bereits vor ein-jahrs Jahren die Anteile der sogenannten Sa-muel-Gruppe erworben, die jedoch nicht die Aktienmehrheit ausmachte. Bei dem jetzigen An-kauf dürfte es sich um Anteile handeln, die sich bisher im Besitz der Alldeutschen Volks-mann-Gruppe befanden. („Berl. Tagebl.“)

Ausreise des Kreuzers „Hamburg“.

In den nächsten Tagen wird sich der Bürger-meister von Hamburg, Dr. Petersen, nach Wilhelmshaven begeben, um die dem Kreuzer „Hamburg“ gestiftete Staatsflagge der Hansestadt zu überreichen. Der Kreuzer tritt dann seine einjährige Ausbildungsreise an, die ihn über Madaira und die Kanarischen In-seln nach Mittelamerika und von dort nach der Westküste der Vereinigten Staaten führen wird. Dort werden Ende Mai auf besonderen Wunsch der dortigen Deutschen die Hafen Los Angeles und San Francisco besucht werden. — Anfang Juni erfolgt die Weiterreise nach Honolulu.

Ein schöner Brand. Der weiteste Verbreitung verdienst, herrscht in Dittersdorf bei Oberglogau (Schlesien). Ein dortiger Grundbesitzer war wiederholt von einem verheerenden Brande heimgesucht worden und hatte dadurch schweren Schaden erlitten. Mit Rücksicht darauf vereinten sich, wie stets in solchen Fällen, die Gemeindeglieder, und jeder spendete von seinem Getreide, um dem Geschick seinen Verlust, der in der Hauptsache in Getreide bestand, zu ersetzen. Es kam dann auch eine ansehnliche Menge zusammen, und dem Wanne war geholfen.

— Der Vollziehungsbeamte in der Stadt-
kasse. Die Stadt Greiz im Vogtland hatte
mit einem Hausbesitzer einen Rechtsstreit ge-
führt, in dem sie unterlegen war. Sie war auch
verurtheilt, die Hälfte der Kosten — 4500 M. —
zu zahlen. Infolge eines Irrthums des Anwalts
der Stadt wurden die Kosten nicht entrichtet.
Es erschien denn eines Tages der Gerichtsvoll-
zieher auf dem Rathhaus, um im Wege der Pfän-
dung die Kosten einzuziehen.

— **Wieder eine Liebestragödie.**— In den Tod zu gehen versuchten in Neukirn (Gassen) ein 45jähriger Kaufmann und eine 19jährige Kontoristin. Da die Eltern des Mädchens dem Verhältnis wegen seiner Ausschweiflichkeit andauernd sich widersetzen, machte das Paar seiner schon wiederholt angedrohten Entschluß, sich das Leben nehmen zu wollen, wahr. Es fuhr zur Großmutter des Mädchens nach Annaberg, wo es nachts den Gassen aufdrückte. Mit dem Tode ringend wurden beide ins Annaberger Krankenhaus eingeliefert.

— Ein Opfer seines Berufes wurde ein Schaffner auf dem Güterbahnhof Bahren bei Leipzig. Bei der Zusammenstellung eines Güterzuges entgleiste ein Wagen. Von diesem wurde der Mann so unglücklich gegen einen anderen Wagen gedrückt, daß er auf der Stelle starb.

— An den Unrechten gekommen waren zwei Reglagerer, die auf der Landstraße von Ober-Nidörf nach Giesleben (Provinz Sachsen) einen Geschäftsmann überfielen. Die beiden Stroche hatten sich hinter starken Pappeln versteckt und sprangen plötzlich mit dem Ruf: „Geld oder Leben!“ von dort vor. Der Ueberfallene, ein besonders kräftiger Mann, ließ sich jedoch nicht einschüchtern, befreite vielmehr beide in den zur Seite der Landstraße liegenden Schlammgraben, nachdem er ihnen zuvor noch eine gehörige Tracht Prügel hatte ausüben lassen.

— Der Schnee als Verräther. Ein Arbeiter in Altdorf im Kreise Gerdauen (Wyspreu-ken) stattete vor kurzem nächtlicherweile einem ihm benachbarten Belfiger einen unerlaubten Besuch ab. Der Bauer hatte am Tage zuvor Gerste auf seiner Tenne gereinigt. Der Arbeiter kam daher auf den Gedanken, sich auf billige Weise etwas Hühnerfutter zu beschaffen. Er schlich sich nun zur Nachtzeit und auf Strämpfen auf die Tenne, wie er mußte, unverschlossene Tenne und lehrte mit einem gleich einen kleinen Vorrat zu haben, mit einem 1½ Zentner schweren Saß heim. Das Unglück wollte es indes, daß während seiner unerlaubten Thätigkeit ein kurzer Schneefall einsetzte, der ihm zum Verhängnis werden sollte. Die in der dünnen Schneehäufung hinterlassenen Spuren zeigten am anderen Morgen dem Belfiger den Weg zu seinem Eigentum. Der Arbeiter durchsuchung der Räume fand man den Saß im Keller mit Kartoffeln überdeckt.

— Eisenbahnunglück in Griechenland. Ein Dienstwagen, in dem sich der Generaldirektor und einige hohe Beamte der Staatsseisenbahnen befanden, entgleitete auf der Piste Athen—Larissa in der Nähe von Lamia. Der Vorkursordirektor wurde getötet, ein Beamter und zwei Helfer wurden verletzt.

Gaslino-Diener unentschieden.

Der mit größter Spannung erwartete Kampf, der in der Arena am Kaiserthum in Berlin zwischen den Schwergezwichtenen Paolino, dem Meister von Spanien, und Franz Diener-Berlin über 10 Runden mit 5-Unterhandschüssen und harten Bandagen stattgefunden wurde nach der 10. Runde als unentschieden gewertet. Beide Gegner wurden vom Publikum lebhaft gefeiert.

Zwei deutsche Mannschaften als Spitzengruppe
des Dresdener Sechstagerrennens.

Beim Breslauer Schstage-Nennen gab
mehrere Stürze, die jedoch alle schmerzlos
abließen. Kurz vor Beendigung des ersten
Tages erfuhr der Stand des Nennens eine
grundlegende Veränderung. Nach einigen Plän-
kelsen der Mannschaft Martin-Thomas hielt
Knappe den Zeitpunkt zum Vorstoß für reifem-
wen. Nach kurzer weiser Fand gelang den bel-
den jungen Breslauer. Favoriten Knappe-
Neger dann auch die Ueberrundung
des Feldes, ein Erfolg, der durch ungehe-
ren Jubel bezeugt wurde. Der Stand des Nen-
nens ist folgender: 1. Knappe-Neger 119 Punkte
2. Salbow-Bauer 24 Punkte. Eine Runde an-
rückt: 3. van Kempen-Feja 159 Punkte, 4. Fou-
del-Ghorst 128 Punkte, 5. van Red-Punkte 85
Punkte, 6. Hohn-Tick 67 Punkte.

Für das Dreistunden-Mannschaftsfahren am Sonntag, den 21. Februar, gibt die Leitung der Westfalen-Halle die ersten Verpflichtungen für dieses Rennen bekannt. Es sind deutsch-schweiz. Gewann, Savall, Schamberg und Mähloff. Das Ausland wird durch neue Leute vertreten sein. Zunächst sind zu nennen der Holländer Vermeer und der Neger Mesatti. Der letztere hatte auf den Pariser Bahnen bedeutende Erfolge zu verzeichnen. In Deutschland war er in Berlin, Erentow in großen Rennen erfolgreich.

Als größte Ueberraschung der neuen Frühjahrsmode sehen wir die kurze Jacke in gerader und gewandter Form zum Auszeichnen und zum Kleide passend. Das soeben erdichtete zweite Bedürfnist des „Baazr“ zeigt sich in der Zusammenstellung mit Kleibern in besonders anmutiger und jugendlicher Form. Wie auch die halblange Jacke, so ist ebenfalls freier und kleidsam für die stärkere Form, ist als große Freiheit zu nennen. Auffällig ist das große der Frühjahrsmantel teilweise bei der ersten gerade fällt, wodurch eine besonders schlanke Figur erzielt wird. Der „Baazr“ frucht deshalb auch von der wieder betonten Linie bei Mantel und Kleid und zeigt an vielen Modellen, wie reichvoll dieser Schnitt bei solchen sein sowohl bei der vollen Gestalten ausbleiben kann. Auch der kommenden Konfirmation und Kommunion, sowie des Schulbeginns gedenkt die neue Nummer des altgehegten Modenblattes

Die Röcke fallen wieder schlanker zusammen - Mehr Falten als Glocken - Viele Junfer-Kleider - Aermellose Ueberziehwesten - Geradlinige Kostüme mit kurzer Jacke

Es gibt zwei Zeiten im Jahr, die für die Mode von großer Bedeutung sind. Einmal die Zeit, wo man an den warmen Wintermantel denken muß, und zum anderen der Augenblick, wo man ihn freudig in den Schrank hängt und seine Garderobe für Frühlings- und Frühlingswetter herrichtet. In diesen Zeiten erwartet jede Frau von der Mode etwas Neues, einen Umwandlung, eine neue Richtung. Im letzten



Straßenanzug mit Jumper
 Jede S 1013.
 Man trägt zum Frühjahrs
 neben der klassischen Schnei-
 derjacke das Jumperkleidchen
 zum geraden Rock.

Sommerliches Westenkleid
K. 3010.
Leichtes Kleidchen aus Ma-
seide mit verbierter Falten-
gruppe und Westchen aus
buntem Seidenkrepp.

Elegantes Frühljahrskleid
N. 8054.
Bearbeitet in einer neuen
Zusammenstellung von Ta-
sch und Crepe Georgette mit
großer Schleife am Ausschnitt

Herbst sind die Frauen in dieser Beziehung voll auf ihre Rechnung gekommen und sich über, die Eitelkeit ihren wesentlichen mit einem Wort, los. Deshalb werden sie enttäuscht sein diesen Sommer hin springend. Wenn überhaupt geänderte Konturen springen unten n

Man trägt zwar noch Glodenröcke, aber solche aus weichen Stoffen, die am Körper sehr

Frühjahrsputz V 1458.
Für die neue Hutmode cha-
rakteristisch ist der hohe Kopf
die schmale Krempe. Das Ma-
terial dieses Hutes ist Nips

Kleider. Die Schleife ist immer aus dem Stoff des Kleides selbst gebunden und sitzt am Ausschnitt, auf der Hüfte und manchmal auf der Schulter. Sehr groß wirken abgeplattete oder bestickte Enden. Die Hüfte, gleich, ob sie zu Kleid, Kostüm oder Mantel getragen werden, sind sehr klein, aber sehr hoch, aus Filz oder Seide oder aus beidem, und sehr oft weich gestuft, immer aber mit kleiner Krempel, die zwar das Gesicht nicht so malerisch einrahmt wie

zusammenfallen, und vor allen Dingen Falten, Falten in allen Ausführungen: gezogen, gebügelt und plisziert. Der Frühjahrmantel hat rückwärts oder seitlich eingelegte Falten, sehr oft einen Gürtel und weist gerade und schief. Daneben trägt man auch weniger strenge Modelle mit eingelegten, weich gezogenen Teilen und bunt gestickten Vorten an Ärmeln und Verrn. Das in Herbst und Winter verandassigste Kostüm meldet sich wieder in sehr jugendlicher Form, die sicher Anlang finden wird. Man trägt sehr kurze Sakko- und Smotingsäckchen, die gleidlich gerade geschnitten sind und nicht oberhalb, sondern auf der Hüfte durch einen Knopf zusammengehalten werden. Als neue Form ist die Zumperjade dazugekommen, die auf den Hüften mit einem Gürtel abschließt. Für das Kleid hat sich die Zumperform — man kann wohl sagen — reiflos durchgesetzt. Es gibt eine Unmenge hübscher, einfacher Zumperkleider, die sich nur durch Stoff, Farbe, Ärmelchen, Bänder, Falten



Alle Modellen Allstein-Schnittmuster in großen Kaufhäusern

Wohnungsbedarf und Hauszinssteuer.

In 20 Großstädten 99 000 fehlende Wohnungen; in 35 Großstädten von 395 Millionen Mark Hauszinssteuer 125 Millionen Mark für den Wohnungsbau.

Der Preussische Städteetag hat versucht, durch eine statistische Erhebung bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern auf breiterer, auch auf die Verhältnisse übertragbare Grundlage ein Bild von dem Umfang des Wohnungsbedarfs in den Städten zu gewinnen.

Auf Grund des von 20 preussischen Großstädten eingegangenen Materials ergibt sich, daß in diejen mit insgesamt rund 5.250.000 Einwohner ohne Kinstalsinfazien ein Bedarf von 98.900 Wohnungen besteht, d. h. auf je 1000 Einwohner fehlen 19 Wohnungen. Während 1910 auf 100 Familien 103,4 Wohnungen kamen, konnten 1925 auf 100 Familien nur 91,3 Wohnungen oder 93 Wohnungen, wenn man in Rechnung stellt, daß 2 Proz. aller Wohnungen dauernd mit mehreren Haushalten belegt sind.

Im einzelnen ergeben sich die folgenden Zahlen: In Köln verbleibt ein gegenwärtiger Wohnungsbedarf von 6700, in Breslau von 11 500, in Essen von 4000, in Düsseldorf von 6600, in Hannover von 14 500, in Dortmund von 5900, in Magdeburg von 5400, in Königsberg von 6100, in Stettin von 4700, in Kiel von 3300, in Halle von 7600, in Darmen von 2400, in Cassel von 5200, in Bochum von 2800, in Aachen von 2200, in Hamburg von 4200, in Mühlheim a. d. Ruhr von 1300, in M.-Gladbach von 3100, in Oberhausen von 1800 und in Bue von 900 Wohnungen.

Den größten Wohnungsbedarf, bemessen an der Familienanzahl, haben Hamburg mit 87,4, Halle mit 85, Hannover mit 86,4, Cassel mit 87, R.-Glabdach mit 87,7, Königsberg mit 90,1, Bochum mit 90,5, Dortmund mit 90,6 Wohnungen. Berlin hat keine Angaben gemacht.

Eine zweite Mundfrage hat der Preussische Stadtrat an die preussischen Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern über das örtliche Gesamt Einkommen an Hauszinssteuer, den geschätzten Anteil für den Wohnungsbau bestimmten Anteil dieses Einkommens, die Auführungen aus den einzelnen Städten an den Staat und endlich die aus Staatsmitteln an die Städte bewirkten Ueberweisungen für 1925 gerichtet.

Eingegangen sind Angaben von 35 deutschen Städten; die Feststellungen reichen für 1925 bis Ende November.

Danach hatte 1925 Berlin ein ertliches Gesamtommen an Hauszinssteuer in Höhe von 280 Millionen Mark. In 19 preußischen Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern belief sich 1925 das Ukommen der Hauszinssteuer auf insgesamt 189 849 000 Mark. In 15 preußischen Städten mit 30 bis 100 000 Einwohnern betrug die Höhe der Hauszinssteuer insgesamt 25 773 000 Mark. Wlgin ergab 1925 bis Ende November in 35 preußischen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern einschließlich Berlin die Hauszinssteuer 126 611 000 Mark für den Wohnungsbau 1925.

Bei Betrachtung dieser Tabelle springen nach den Mittheilungen des Deutschen Städtetages zwei Tatsachen ins Auge: die Absaugung der für den Wohnungsbau bestimmten Staats- und Steuermittel aus den größeren Städten zugunsten anderer Stellen, die mit diesen Mitteln bedacht werden, und zweitens das überaus problematische der Verteilung des „Ausgleichsfonds“, dessen Verwendung — nach unbekannten Maßstäben — ganz dem staatsbehördlichen Ermessen vorbehalten ist.

Der Parteistreit um die Fürstenabfindung.

Generaldebatte im Rechtsauschuß.
(Sitzung vom Donnerstag.)

Die Generaldebatte über die Anträge zur
Frühenabfindung wurde im Rechtsausschuß des
Reichstages unter Vorsitz des Abgeordneten
Dr. Kahl (D. Vrt.) fortgesetzt:

Nach den Abgeordneten Rosenfeld (Zog.) und Dr. Barth (Dtn.) erröth der Wg. Dr. Everling (Dtn.) das Wort: Dr. Rosenfeld habe seiner Zeit als preussischer Fußkammerminister dem preussischen Handelsminister mitgeteilt, das Privateigentum der Hohenzollern an Delz werde nicht besitzten, während Dr. Rosenfeld jetzt die gegenteilige Meinung betreue. Der frühere sozialdemokratische Minister Heine habe als Rechtsvertreter des medlenburgischen Großherzogshauses ausgeführt, das Privateigentum der Fürsten müsse unangestastet bleiben.

Dr. Gertling bekräftigte, daß das königliche Haus von Preußen 17 Proz. seines Privateigentums behalte; 88 Proz. stelen an den Staat, und für die 30 Millionen Entschädigung würde das Mißache an Werten verrechnet. Trotz früher erfolgter oft ausdrücklicher für den Fall der Abkantung getroffener Regelung sei z. B. von dem Grundbesitz in Lippe etwa ein Siebtel, in Anhalt 7 Proz., in Sachsen-Altenburg 1,7 Proz. im Königreich Sachsen nur das Gebiet um die Moritzburg, im heßischen Gebiet vom Grundbesitz nichts, sondern nur Schlösser, die Bastiojekte seien, ebenso in Meiningen dem Fürstenthause keinerlei Grundbesitz verblieben, während man in Gotha mit dem Enteignungsgefeß vorgangen sei. In Mecklenburg-Schwerin habe der Staat 93 Proz. selbst des Hausgutes, in Strelitz 98 Proz. der Domänen und 99½ Proz. der Forsten, in Oldenburg gleichfalls fast alles genommen. Nur bei Verschweigung dieser Tatsachen könne man von einer gerechten Regelung und bei Fälschung der Tatsachen von einer Vereinerung der Fürsten reden.

Die Beantwortung des königlichen Eigenthums sei bei einer Partei vernünftiger, die doch nur die Enteignung der Fürstenthümer erstrebe. Dieser Enteignung, die ein Verfassungs- und Rechtsbruch sei, sich entgegenzusetzen, erachte er als die Pflicht der Volksvertreter, denn Staat und Volk dürften niemals mit dem Mafel solchen neuen Rechtsbruchs befaßt werden. Der Enteignungsantrag sei ganz indiskutabel. Der ursprüngliche demokratische Antrag mache in dem Streit eine Partei, nämlich die Landesregierung, selbst zum Richter. Auch der Kompromißentwurf verlege wichtige Verfassungsgründe. An die Unterthener des Kompromißentwurfs müßten die Fragen gerichtet werden: 1. Bleibt das Privateigenthum erhalten? Werden rechtskräftige Entscheidungen bestehen? Bleibt die Rechtsgleichheit so weit gewahrt, daß man kein Sonderausbeutungsrecht schafft?

Der nassie Redner, Abg. Dr. Bunderlich (Dpvt.) erklärte, die Enteisgungsanträge müsse die Deutsche Volkspartei ablehnen, weil sie für die Aufrechterhaltung des Privatcigntums eintritt. Wäre gleich bei der Revolution die Enteignung der Hässenshäuser ausgesprochen worden, so hätte man sich damit als Revolutionsrecht abfinden können. Das hat aber nicht gesehehen, und seit August 1918 haben wir die Weimarer Verfassung.

Abg. Wegmann, (B.) wandte sich zunächst gegen den Abgeordneten Dr. Everling. Zurückzuweisen sei die Behauptung, daß der Ausschuß kein Material nicht objektiv gesammelt habe. Keinesfalls dürfe der Kompromißentwurf durch die Einfügung der Rückwirkung so ge-

ändert werden, daß die bisher in vielen Ländern zur Zufriedenheit aller Theile getroffene Regelung wieder umgestoßen werden kann. Von einer Reihe fürstlicher Familien sind Ansprüche erhoben worden, die außerordentlich übertrieben sind und starke Erregung hervorgerufen haben. Wir wollen eine gerechte und verfassungsmäßige Lösung, darum lehnen wir eine einschüdiungslose Entregung ab.

Abg. Landsberg, (Sch.) Die Hervorhebung fürstlicher Verdienste für die Bemessung der Fürstenabfindung müßte die Folge haben, daß man auch die negativen „Verdienste“ einzelner Fürstenhäuser bei der Abfindung zu ihren Ungunsten berücksichtigt. Beispielsweise derjenigen Fürstenhäuser, die feinerzeit mit Napoleon den Rheinbundvertrag abschlossen. Wenn die Stimmung für die entschädigungslose Enteignung durch Volkseinfuhr sehr sehr ausbreitend erscheint, so tragen gewisse Fürstenhäuser daran ein gut Theil Schuld. Den Hohenzollern genügte nicht einmal die nach dem Schiedsgerichtsurtheil ihnen vorweg gebotenen 115 000 Morgen, sondern sie verlangten vorweg 400 000 Morgen.

Der Versuch, die Ansprüche der medlenburgischen Mairesseu auf das Land abzuwälzen, konnte auch die Stimmung für die Fürstenansprüche nicht verbessern.

Ein Gesetz auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer würde nicht ohne Spiel daſtehen. Schon 1886 iſt von den Hohenzollern ſo gegen das Weiſenhaus vorgegangen worden.

Der Kompromißantrag bietet eine schlechte Lösung. Wenn nicht nach dem formellen Recht, sondern nach Billigkeitsgründen entschieden werden soll, so ist nicht einzusehen, warum die Entscheidung Berufsrichtern übertragen werden soll. Weit rascher und besser würde die Landesgesetzgebung, wie es der demokratische Antrag will, die Streitfälle nach Billigkeitsgrundsätzen entscheiden können. Wenn die übrigen Parteien einen Volksentscheid verhindern wollen, so wäre dazu vielleicht der einzige Weg die Annahme des demokratischen Antrages, nicht die des Kompromißantrages.

Hauptversammlung der Ruhrknappschaft.

In Bochum, im Sitzungssaale des Verwaltungsgebäudes, fand die ordentliche Versammlung der Aufsichtsräthe unter Vorsitz des Generaldirektors Wiskott statt. Es waren vertreten 26 Vereinsmitglieder und 30 Wähler. Bei der Vorlage des Jahresberichts wurde die Krankenversicherung für das Jahr 1924 an Direktor Seydewitz eingehende Erläuterungen. Es ergab sich unter Berücksichtigung der notwendigen Abschreibungen von rund 272 000 M. ein Ueberschuß der Einnahmen gegenüber den Ausgaben von rund 10 378 000 M. Die Ausgaben für Krankenkasse betrugen 4,8 Mill. M. gegen 2,4 Mill. M. im Jahre 1913. Davon entfielen aber an Nachzahlung für die letzten Inflationsmonate 1923 rund 406 000 M., ferner 974 000 M. auf die Familien- und Wochenlöhne, die im Jahre 1923 noch nicht bestanden. Von dem Rest entfielen 1 280 000 M. auf die Jahrsrate. Die persönlichen Verwaltungskosten (Gehälter) haben rund 3,9 Mill. M. gegenüber 1,4 Mill. M. im Frieden betragen. Die Verwaltungskosten pro Kopf des Mitgliedes haben sich etwa verdoppelt. Hinzugekommen ist aber an Arbeitsleistung seit dem Jahre 1913 die Angestelltenversicherung, die Wochenlöhne, Hinterbliebenenversicherung in der Invalidenversicherung, sowie die Altersrente bei der Rentenversicherung. Vermehrt worden ist aber die Arbeit weniger durch diese neuen Leistungen, als durch dauernd wechselnde Gesetzgebung und die unheimliche Art der Zuwendung der Leistungen. Der heutige Beamtenapparat darf nicht ver-

glichen werden mit der zeitigen Belegschaft von rund 400 000 Mann; vielmehr ergibt sich vorläufig noch, und zwar noch für eine lange Zeit, eine große Arbeitslast aus dem früheren Höchstbestande von 550 000 Bergleuten. Aus dieser großen Belegschaftsziffer und ihrer allmählichen Abnahme um über $\frac{1}{4}$, sowie aus dem ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen hat sich eine außerordentliche Inanspruchnahme der Leistungen entwidelt. Zur Beurteilung der Arbeitslast muß man nicht etwa vornehmlich die Zahl der heute zu zahlenden Renten mit den früher zu zahlenden vergleichen, sondern die Zahl der in einem Jahre in Zugang gekommenen Renten. Während im Jahre 1913 74 373 Renten zu zahlen waren, waren im Jahre 1925 157 000 Renten zu zahlen. Dagegen ist gegenüber einem Zugang von 7288 Renten im Jahre 1913 für das Jahr 1925 ein Zugang von 34 406 Renten zu verzeichnen. An den Ausgaben der Rührnastpfisch gemessen, betragen die Vermaltungskosten im Jahre 1913 3,6 Prozent, in dem Berichtsjahre 1924 haben sie 8,9 Prozent betragen. Dieser Darlegungen folgte eine kurze Ansprache, an der sich nur Aelteste beteiligten. Die Veramaltung nahm den Rechnungsabluß zur Kenntnis und übergab ihn zur Nachprüfung dem Prüfungsausschuß.

Der Vorschlag der Krankenkasse für das Jahr 1926 sieht Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 500 000 *M* vor, die Beiträge der Arbeitgeber und versicherungspflichtigen Mitglieder werden auf 48 Millionen Mark berechnet. Bei der Krankenkasse sind folgende Positionen eingelegt: Arznei- und Heilmittel zwei Millionen *M*, Krankenhospizien 900 000 *M*, Krankengeld 25 Millionen *M*, Sanktionsgeld 2 Millionen *M*, Beiträge für Gewerkschaften 100 000 *M*, Wochengeld für Kassemitglieder 10 000 *M*, für Familienangehörige 1 200 000 *M*, Stillsitzgeld für Familienmitglieder 1 Mill. *M*. Unter Fürsorge im allgemeinen sind eingelegt Kinderfürsorge 10 000 *M*, Sterbegeld 400 000 *M*. Die sämtlichen Verwaltungskosten werden auf 958 937 *M* und die persönlichen Verwaltungskosten auf 3 272 500 *M* berechnet. Der Vorschlag der Krankenkasse für das Jahr 1926 sieht in Einnahme mit 50 400 000 *M*, in Ausgabe auf 50 000 000 *M*, mißt ein Verbleib von 400 000 *M*. Der Vorschlag wurde ohne jegliche Ansprache zur Kenntnis genommen. Die Zahl der in der Krankenkasse versicherten Vergleiche betrug am 1. Januar 1924 491 270, sie ist am 1. Januar 1926 auf 582 313 gestiegen. Hieraus wurde die Verammlung vom Vorkrisen geschlossen. In der letzten Vorstandssitzung hatten die Arbeitnehmer beantragt, die Wiedereinführung der Familienhilfe auf die Tagesordnung der Bezirksversammlung zu setzen. Die Arbeitgeber im Vorstand lehnten diesen Antrag ab, damit konnte nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Bezirksversammlung nicht zur Verhandlung kommen. Vor Beginn der Sitzung hatten die Arbeitnehmervertreter beschlossen, folgende schriftliche Erklärung auf den Vorstandsstuhl niederzulegen, die aber wiederum nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zur Erledigung kommen konnte:

„Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter der Bezirksversammlung sprechen ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß durch den absehbaren Standpunkt der Werksbesitzer und des Vorsitzenden die von den Arbeitnehmern gewünschte Behandlung und Einführung der Familienhilfe in der heutigen Bezirksversammlung verhindert ist.“

Die Arbeitnehmer- und Angestelltenvertreter lehnen jegliche Verantwortung für die Folgen der weiteren Verweigerung der Familienhilfe

ab und weisen von dieser Stelle nochmals auf die Thatsache hin, daß die Mehrzahl der verheiratheten Bergleute heute Schulbner der Wohlfahrtsämter sind, und trotzdem die Krankheit eine Verelendung in erschreckendem Maße in den Familien der Bergleute zunimmt.

Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten erklären sich auch jetzt noch bereit, die Familienhilfe evtl. auf Kosten der Arbeitnehmer in

Jägerlatein.

Bismarck hat einmal gesagt, es würde nicht so viel gelogen wie vor einer Waise, während eines Krieges und nach einer Jagd. Er hat, wie Ostar Klein in der „Deutschen Jäger-Zeitung“ Neudamm, schreibt, auch hier wieder recht gehabt, denn diese drei Dinge fordern manche geradezu heraus, ihren Nebenmenschen das Ungeheuerliche auf die Nase zu binden. Lassen wir aber Wasfen und Krieg hier beiseite und predigen wir nur von der Jagd, die ja so alt wie die Welt ist. Denn der erste Jäger der Steinzeit hat sicher damals seinen Freunden und Bekannten ebenso die Hude vorgetragen, wie es dem Waidmännchen nach heute viele tun. Es ist also ein tröstlicher Gedanke, daß das Jägerlatein, das Aufschneiden nach einer Jagd, das Erzählen von Jagdabentuern, die dem Erzähler selbst die stärkste Mann nicht glauben kann, so schwindelaltgen Alters ist. Und das Alter soll man ja beifamlich ehren.

Wir besaßen sogar aus dem Jahre 1900 von Christi ein unumstößliches Zeugnis, daß es schon damals Jägerlatein — genau genommen Jägergriechisch — gegeben hat. Dummer erzählt irgendwo in der Obfussee von Wilszogen und Steinböden, die nach unserem Maß drei Meter lang, drei Meter hoch haben sollten, und Xenophon schwärmt gar von dem Meister, daß seine Waffen von der inneren Wut rosiglühend würden, so daß man sich daran noch nach dem Tode des Vassien verbrennen könne. Als dritter im Bunde sei der brave alte Kriestobles genannt, der neben Griechisch auch Jägerlatein gesprochen haben muß. Denn er wußte aus eigener Anschauung von Menschen zu berichten, deren Gemüth ganz mit Eisen umwachsen war, und von Elerien, die im Zorn ihre Söhne vier Meilen, also etwa acht Meilen

weit, dem Jäger entgegenstehenden, um ihn so das Gesicht zu verbrennen. Horaz hat sich natürlich das Kapitel vom Jägerleben ebenfalls wenig entgehen lassen wie andere. Er schildert in einem seiner Gedichte sogar den römischen Sonntagsjäger, der auf der Jagd nichts erleben und sich darum ein Stück Wild kauft, um dabei damit als „feiner“ Jagdbente zu prahlen. Auch der ältere Plinius führt ein Sonntagsjäger gar wegen ein. Allerdings war es ihm dabei mehr um die Naturbetrachtung als um das Wild zu thun. Und er soll manchmal sehr ungedulden gewesen sein, wenn ihn so ein vorwitziges Stück in seinen Betrachtungen störte.

Mit Jägerlatein konnte auch der Rönne-
Dyppian, ein Zeitgenosse Dvids, seine Zuhörer
prächtig bewirnen. Von Hirschen erzählt er u. a.
daß sie ihr abgemordenes Geweih im Walde ver-
graben, um es vor den Menschen, die das Ge-
zäuberet trieben, zu verbergen, und von Pan-
thern, die von den schlauen Jägern betrunken
gemacht und dann gefahrlos erlegt würden. Auch
das Jägerlatein eines gewissen Aelian läßt sich
führen. Seiner Erzählung nach stützt sich u.
die Wildziege beim Sprung auf ihre elastische
Hörner und springt so, sich überschlagend, mit
einem Wurzelbaum über weite Klüfte. Daß Ju-
lius Cäsar in seinem Bellum gallicum beschaup-
te in Gallien Büsche die Rentierjagd, ist nicht so we-
underlich, wie daß nach ihm die deutschen Auen-
den viermalige Elefantengröße haben und sich
Eiche dadurch gesungen werden, daß der schlaue
Germane einen starken Baum im Walde anfaßt.
Dann kommt der arme Elch ganz harmlos hin-
sich zum Nukruden unter allen Bäumen in
Walde gerade diesen angefaßten Baum aus und
schüt sich an ihn. Der Baum fällt um, der Elch
mit, er kann nicht mehr in die Höhe kommen
und der schlaue Germane sticht ihn einfaß

Und erst im Mittelalter, was mag da an die Stammfische, die es damals in den Osthäufigen fischer schon so gut wie heute gab, von den Jägern zusammengekommen sein! Ferner in den See- fischen, wenn die Matrosen von großer Zahl heimkehrten! Was mögen sie über Strafen, welche die Mäsen umschlingen, um das Schiff auf Meeresgrund zu ziehen, über Seejünglingen und ähnlichen Gelter zusammengekommen haben. Be- teres soll übrigens auch heute noch geschehen. Es kam in einer kleinen oberrheinischen Stadt ein junger Leichmatrose von seiner ersten Fahr- zucht und wurde natürlich angefordert, zu be- zahlen. Er legte also im prächtigsten Rüge- latein los, erzählte von Nixen und Wasser- frauen, die das Schiff besetzt hätten, von ver- sunkenen Städten, die man auf dem Grunde des Meeres erblickt habe, von Wasserjungfrauen die ihn zum Ehegegnen verlangt hätten und schließlich ging ihm aber sein Vorrat an Rüge- ans, er war ja nur Leichmatrose, und als er immer wieder Neues erzählen sollte, u. er nicht mehr erfinden konnte, fiel ihm zum Glück ein Ge- heißnis ein, und er erzählte, wie sie einmal von Bord aus eine ganze Schar fliegender Fische ge- sehen hätten, die über fünf Meter hoch in der Luft gegen 120 Meter weit geflogen seien. Es sah ihn die alte Großmutter strafend an und sagte: „Ne, Jung, schwärzeln darfst du! Nix- und Wasserfrauen gibt es natürlich, und ver- sunkenen Städten habe ich auch schon ge- sehen, das ist alles wahr und wahrhaftig, aber die Fische fliegen sollen, ne min Jung, das darfst du nicht vorbringen.“

Der Admiral als Prüfungskandidat.

Die Prüfungskommission der Pariser Technischen Hochschule sah unlängst unter den Pri-

lungen einen Kandidaten, der sich als früherer Admiral vorstellte. Beim Aufstuf hatte sich auch den Namen Kropoff lächelnd ein fünfzigjähriger Herr gemeldet, dessen Knopfloch das Offizierskreuz der Ehrenlegion schmückte. Der erstaunte Kommissionsbestätigte er, daß er wirklich Kropoff heiße und sich ordnungsgemäß zur Prüfung gemeldet habe. Er bestand im übrigen mit höchstem Lobe. „Wollen Sie die Güte haben,“ sagte Kropoff, „und zu erklären, weshalb Sie sich zur Prüfung gemeldet ha-^{en}“ fragte der Vorsitzende der Kommission. „Sehr gern,“ antwortete Kropoff, „neue Diplom-Ingenieur, ich will Ingenieur werden und versuchen, auf Grund des Prüfungszeugnisses eine Anstellung zu finden, die mir zu leben gestattet, da ich mein früheres Amt verloren habe.“ — „Und was war das für ein Amt?“ fragte der Vorsitzende aufs neue. „Ich war Admiral der russischen Flotte und habe nachfolgender des Admirals Kotschka das holländische Geschwader kommandiert. Nach der Revolution mußte ich in London Zuflucht suchen, da ich mich erst als Hafenarbeiter und dann als Offizier der Handelsmarine durchzubringen suchte. Nachdem ich alles, was ich noch beibringen konnte, gegeben, bin ich nach Paris gekommen. Ich besitze heute noch vorbel, um einige Jahre ausbilden zu können. Wenn mir in dieser Zeit gelingt, als Ingenieur Stellung zu bekommen, um so besser. Im andern Falle werde ich mich wieder als Arbeiter, und zwar, ob der Straßenbahnführer durchzubringen.“ Darauf verabschiedete sich der frühere Admiral der russischen Flotte mit einer Beugung vor der Prüfungskommission, die kopfschüttelnd nachsah.

Wirtschaft und Handel.

Der Kampf um die Macht.

England gegen die Vermehrung der Sitze im Völkerbundsrat.

„Daily Telegraph“ berichtet sich in einem aufsehenerregenden Artikel gegen die Vermehrung der Sitze im Völkerbundsrat. Das Blatt schreibt u. a.: Frankreich habe mit Unterstützung anderer Mächte die Forderung einer Vermehrung übernommen, die dazu bestimmt sei, die Zahl der ständigen Sitze im Völkerbundsrat durch Hinzuziehung Spaniens, Polens und möglicherweise Brasiliens zu erhöhen. Gelingen der Plan, die Zahl der ständigen Sitze nach dem Eintritt Deutschlands von fünf auf acht zu erhöhen, so würde zweifellos von den genannten Mächten sofort vorgeschlagen, auch die Zahl der nichtständigen Völkerbundsratsmitglieder zu erhöhen und sie von zehn auf fünfzehn oder sogar noch mehr zu bringen.

Die Bewegung habe das Ziel, Deutschlands Anwesenheit im Völkerbundsrat entgegenzutreten und durch die Festigung einer überwältigenden antideutschen Mehrheit jeden Einfluss, den das Deutsche Reich auf die Beschlüsse des Bundes unter Umständen ausüben könnte, von Anfang an zu verhindern. Die Folgen, die ein Gelingen des französischen Planes haben müßte, würden zweifellos weit über die Neutralisierung des deutschen Einflusses hinausgehen. In London sei man sich der daraus erwachsenden Gefahren völlig bewußt. Großbritanniens Stellung im Rat würde erheblich geschwächt und der ursprüngliche Zweck der ganzen Institution umgewandelt werden. Man könne voraussehen, daß eine lateinisch-amerikanische Koalition England und Schweden, vielleicht sogar auch Belgien und Japan fortgesetzt bei Abstimmungen im Völkerbundsrat in hoffnungslose Minderheiten versetzen würde.

Die 19. Weltkonferenz der Christlichen Jungmännervereine.

(August 1926 in Helsingfors.)

Die Schlupfwinkel, die die Weltkonferenz in Stockholm an die Christenheit der Erde lief, wandte sich in besonderer Weise auch an die Jugend der Welt und warb um ihre Mitarbeit. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß im August dieses Jahres, zum ersten Male seit dem Weltkriege, eine großangelegte Tagung der evangelischen Jugend aus allen Teilen der Erde zusammentritt. In der Stunde, als man in Stockholm vor der Weltkonferenz über das Jugendproblem verhandelte, waren bis auf den Tag genau 70 Jahre vergangen, seitdem einst in Paris 1855 der Grundstein zu dieser weltumspannenden Jugendorganisation gelegt worden war. Heute umfaßt sie in fast 10000 Vereinen mehr als anderthalb Millionen junger Männer. Das deutsche evangelische Jungmännerwerk (Reichsverband der evangelischen Jungmännerverbände Deutschlands und verwandter Verbände) steht dabei an der Spitze der Vereine (4024 an erster, und an Zahl der Mitglieder (162603) an zweiter Stelle. Für das Verständnis dieser Weltorganisation ist zu beachten, daß sie auf einer bestimmten religiösen Grundlage steht. Sie verbindet mit dem schlichten Bekenntnis und Gehorsam zu Jesus Christus als Gott und Heiland auf Grund der heiligen Schrift das Ziel, die Königsherrschaft Gottes unter den jungen Männern der Welt auszubreiten. Während der Weltbund der Christlichen Jungmännervereine jedem angeschlossenen Reichsverband völlige Freiheit seiner Betätigung läßt, unterhält er zur Durchführung seiner gemeinsamen Aufgaben eine Geschäftsstelle in Genf, deren Arbeitsergebnisse mehr als 10 führende Sekretäre aus verschiedenen Teilen der Welt umfaßt und unter Leitung des Schweden Dr. Fries steht. Neben jährlichen Sitzungen eines internationalen Komitees, in dem das deutsche Werk seiner Größe entsprechend durch sechs Abgeordnete vertreten ist (zuletzt 1924 in Genf, 1925 in Budapest), sind seit 1855 in regelmäßigen Abständen Weltkonferenzen abgehalten worden. Sie hatten die Aufgabe, die Träger der Arbeit in den einzelnen Ländern stets in Fühlung untereinander und zu einem Austausch ihrer Erfahrungen zu bringen und trugen stets einen ausgesprochen evangelischen Charakter. Bis zum Ausbruch des Krieges haben 18 derartige Weltkonferenzen stattgefunden, davon 8 auf deutschem Boden.

Jetzt ist für Anfang August 1926 die 19. Weltkonferenz geplant. Sie wird in Helsingfors abgehalten werden, nachdem bereits für 1913 eine Einladung des finnischen Jungmännerwerkes vorgelegen hatte, vom russischen Jaren aber verboten worden war. Die Weltkonferenz wird auf 1500 Abgeordnete beschränkt, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die beteiligten Länder umgelegt werden. Auf Deutschland entfallen der Größe des ev. Jungmännerwerkes entsprechend, 400 Plätze, wovon jedoch eine Anzahl zugunsten kleinerer Länder abgetreten worden sind. Nach den Bestimmungen des Weltkomitees wird ein Siebentel jeder Abordnung aus Jungmännern unter 20 Jahren bestehen, wenigstens ein Fünftel aus Männern unter 35 Jahren. In der deutschen Abordnung dürfen diese Mindesthöflichkeit überschritten werden. Wenn man bei der Stockholmer Konferenz das Fehlen eines stärkeren jugendlichen Einschlags bemerkt hat, so wird ebenfalls die Konferenz in Helsingfors, entsprechend der Entfaltung des Jungmännerwerkes in Indien,

(Die Großhandelsindexziffer vom 10. Febr. 1926.) Die auf den Stichtag des 10. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 3. Februar (119,2) um 0,3 Proz. auf 118,8 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 119,5 auf 118,0 oder um 0,4 Proz., die Industriestoffe von 120,9 auf 120,7 oder um 0,2 Proz. nachgegeben.

(1100 Stilllegungen in einer Woche.) In der ersten Februarwoche sind im Reichsgebiet 1100 Betriebe neu stillgelegt worden und 3100 haben weitere Stilllegungen einlegen müssen, darunter viele Kleinbetriebe.

(Wiederbetriebnahme der Zeche „Alte Haase“.) In einer Versammlung der Belegschaft der Zeche „Alte Haase“ teilte Amtmann Widdelt mit, daß sich ein großes Werk gefunden habe, das den Betrieb der Zeche mit Hilfe staatlicher Kredite aufrechterhalten wird. Wie man den Ausführungen des Amtmanns entnehmen kann, handelt es sich um das Gemeinschaftswerk in Hattingen, um das Verhandelselbstzitts-werk Wessfalen.

(Die Schwerindustrie in der Rhein- und Glasindustrie.) Ein im Preussischen Landtag eingegangener Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verweist darauf, daß die Rhein- und Glasindustrie infolge der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung vor ihrem Zusammenbruch stehe, und verlangt finanzielle und sonstige Hilfsleistungen für die bedrohte Industrie.

(Die Zusammenlegungsbewegung in der rheinisch-westfälischen Ziegelerzeugung.) Die im Bezirk Merklende-Castrop gelegenen Klingensziedeleien sind mit Wirkung vom 10. Februar als sämtlich dem Ziegelverbaufsverein G. m. b. H., Dortmund, beigetreten. Die Zahl

Kunst und Wissenschaft.

(Das Alter des Menschengeschlechtes.) In der Geologischen Gesellschaft für den Industriebezirk (Essen) machte Dr. Wilschrey-Dulburg interessante Mitteilungen über seine Studien über das Alter des Heideberger Kliefers — des ältesten bis jetzt gefundenen Menschenrestes. Wegen nachträglicher tectonischer Lageänderungen kann die ursprüngliche stratigraphische Lage des Fundes an Ort und Stelle nicht mehr bestimmt werden. Aus der Beaktschauna läßt sich aber schließen, daß es sich um dieselben Interglazialschichten handelt, wie sie in den Mosbacher Sanden bei Wiesbaden vorliegen. Diese lagern auf einer Terrasse, die ihrer Lage nach die Sotherrasse oder jüngere Hauptterrasse sein muß. Danach gehören die Sande der mittleren der drei Zwischenzeiten an, die sich durch ihre Lage und Wärme vor den andern auszeichnen. In der großen Sandwand liegt der Heideberger Kliefer ziemlich tief, wird also der ersten Hälfte der mittleren Zwischenzeit angehören — derselben Zwischenzeit, in der der Neanderthaler erscheint. Der Heide-

Japan und China, weit stärker vertreten sein als in Stockholm. Die in Helsingfors zur Verfügung stehenden Räume lassen es übrigens nicht zu, daß aufsehende Gäste an der Konferenz teilnehmen. Die Listen der Abgeordneten sind bereits abgeschlossen.

Bei den besonderen wichtigen Veranstaltungen der Weltkonferenz in Helsingfors werden zwei Fragen im Mittelpunkt stehen. Das eine ist die evangelische Aufgabe an der jugendlichen Jungmännerwelt der Gegenwart, die in neuen Zeiten neue Wege fordert; das andere ist die Auseinandersetzung mit den sozialen Problemen der Zeit, wie sie ja bereits auch durch Stockholm aufs lebhafteste angeregt worden ist. Selbstverständlich kann im Laufe weniger Tage, die außerdem auch noch organisatorische Beratung umfassen, nur ein bestimmter Ausschnitt aus diesen großen Problemen in Angriff genommen werden. Es ist aber in besonderer Weise dafür gesorgt, daß alle Beteiligten für die Verhandlungen sorgfältig vorbereitet nach Helsingfors kommen. Bereits seit Jahresfrist ist in den beteiligten Jungmännerkreisen der Welt ein Fragebogen durchgearbeitet worden, der neben manchen in Deutschland mit Recht beanstandeten Fragestellungen doch den Dienst getan hat, zu gründlichem Nachdenken anzuregen. Wichtiger noch sind die inneren Auseinandersetzungen geworden, die sich im Schoße des Weltkomitees in den letzten Jahren abgepielt haben. Hier wurde jene große Auseinandersetzung über das Verständnis des Reiches Gottes, die in Stockholm bekanntlich im Brennpunkte der Aussprache stand, schon seit langem energisch in Angriff genommen und fand in zahlreichen Veröffentlichungen des Jungmännerwerkes der Länder dieses und jenseits des Ozeans einen lebhaften Widerhall. H. Erich Stange.

Reichssteuerverteilungen.

an die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die der Amliche Preussische Pressebienst mitteilt, gibt der Minister des Innern folgende Steuerverteilungen bekannt:

- a) Einkommensteuer (87. Gl., Abichlag für Januar und Februar) auf jeden Rechnungsschnitt des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1925 für die Gemeinden 1,25 Mpf. für Januar, 0,75 Mpf. für Februar, insgesamt 2,00 Mpf., Landkreise 0,19 Mpf. für Januar, 0,11 Mpf. für Februar, insgesamt 0,30 Mpf., Provinzen 0,00 Mpf. für Januar, 0,00 Mpf. für Februar, insgesamt 0,15 Mpf.
- b) Lotationen (71. Dot., Abichlag für Januar und Februar). Gesamtbeitrag 900 000 M. für Januar, 600 000 M. für Februar, insgesamt 1 500 000 M.

Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahlen vermag jede Gemeinde sich den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

der dem Ziegelverbaufsverein Dortmund angeschlossenen Ringhöfen hat sich dadurch auf 35 mit einer Gesamtbeteiligung von 160 Millionen Mauerzettel erhöht.

(Ford schreitet fort.) Berliner Blätter wollen wissen: „Ford bezog die Deutsche Ford Motor Company planen im Mai die Inbetriebnahme einer Berliner Montagefabrik, wozu bereits Vorbereitungen im vollen Gange sind. Zu dem gleichen Termin werde voraussichtlich eine Aenderung in der Organisation der Finanzierung des deutschen Abzahlungs-geschäftes in Fordautos erfolgen. Die Deutsche Motor Company werde eine eigene Verkaufsabteilung gründen.“

(Amerikanische der deutschen Girozentrale in Höhe von 15 Millionen Dollar.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ teilt mit, daß in einer Sitzung der Beratungsschleife für Auslandsangelegenheiten in der Angelegenheit einer Amerikanische der deutschen Girozentrale grundsätzliche Uebereinstimmung dahin erzielt worden sei, daß zunächst eine Transche von 15 Millionen Dollars aufgelegt werden soll. Ueber die Bedingungen der Anleihe sei noch kein Beschluß gefaßt worden.

(Zusammenbruch einer Bank vor Gericht.) Das Frankfurter erweiterte Schöffengericht beschäftigte sich mit dem Zusammenbruch der in der Inflationszeit entstandenen sogenannten Bernstorff-Bank. Der an der Spitze des Unternehmens stehende Graf Bernstorff, gegen den ein Steckbrief erlassen wurde, flüchtete ins Ausland. Durch den Zusammenbruch der Bank wurden zum Teil kleinere Leute geschädigt. Die beiden Direktoren Maul und Schiller wurden zu fünf bzw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Teil der kleineren Gläubiger wurde durch Verwandte des Grafen Bernstorff friedigt.

berger Mensch ist also weit jünger, als man bisher annahm. Er gehört nicht in den Anfang des Diluviums; erst recht natürlich nicht in das Ende des Tertärs, wie man hier und da auch wohl annahm. Will man das Alter in absoluten Zahlen ausdrücken, so kommt man (unter Berücksichtigung der auf astronomische Berechnungen sich stützenden Zahlen von Milankovitch) auf vielleicht 350 000 Jahre, während das ganze Diluvium vor ungefähr 650 000 Jahren begonnen haben mag.

(Der Berliner Tiermaler Kuhnert gestorben.) Der Berliner Tiermaler Wilhelm Kuhnert ist in Hlms in Granbünden im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung gestorben.

(Gefährdung der Uffizien?) In Florenz hegt man wegen des Palazzo degli Uffizi Befürchtungen, weil sich in den Mauern Risse gezeigt haben. Auch die in der Nähe befindliche Obermauer am Arno hat sich nach der Einstürze etwas geneigt. Man schlägt vor, die Uffizien dadurch etwas zu erleichtern, daß die Nationalbibliothek anderswo untergebracht wird.

Steuerliche Gerechtigkeit im Spiegel der Kirchensteuer.

Innerhalb des Sächsischen Gemeindefeantenbundes besteht ein Steueraussschuß, der seit in dankenswerter Weise Material über die unterschiedliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger einerseits und der vorauszahlungsplichtigen Personen andererseits durch die Kirchensteuer veröffentlicht. Aus dieser Sammlung nur einige Beispiele! Es zahlen an Kirchensteuer:

Ein Bäckermeister und Hausbesitzer 7,90 M., sein Gehilfe 15,30 M.; ein Verlagsbuchhändler (zählt 1150 M. Wohnungsmiete) 1,60 M., sein Hausmädchen 3,60 M.; ein Dekorateur 6,30 M., sein Gehilfe 12,70 M.; ein Glasermeister 4,20 M., sein Gehilfe 12,70 M.; ein Tischlermeister 4,50 M., sein Gehilfe 12,70 M.; ein Bäckermeister (Gehilfen 1 Gehilfe, 1 Lehrling, 1 Dienstmädchen) 5,25 M.; sein Gehilfe 12,70 M.

Der äußere Grund für dieses kaum glaubliche Mißverhältnis liegt, wie die Hgskorr. d. Dtsch. Beamtenbundes schreibt, in der Bestimmung der Kirchensteuerordnung für den Freistaat Sachsen, wonach die Festbeträge — wie überall — genau, die frei Veranlagten jedoch unter Zugrundelegung des vierfachen Betrags der im ersten Vierteljahr 1925 geleisteten Vorauszahlung auf die Reichseinkommensteuer zur Kirchensteuer herangezogen werden. Daraus ergibt sich ohne weiteres, zu welchen ungeheuerlichen ein derartiges System führen muß. Zugleich aber sind diese Kirchensteuerzahlen ein Spiegel für die ungerechte Verteilung der Reichseinkommensteuer, eine neue Bestätigung der vielfach zu belegenden Wahrheit: die Festbeträge sind die einzig reiflos erhaltenen Steuerzahler! Mehrere Jahre vor Kriegsausbruch veröffentlichten die „Preussischen Jahrbücher“ die so berüchtigt gewordenen Untersuchungen über die Leistungen einzelner Steuerpflichtiger besonders in den preussischen Landgemeinden. Man braucht nicht zu glauben, daß die sächsische Ungerechtigkeit in der Besteuerung, auf welche die einwandfreien Mitteilungen jener Untersuchung hinwiesen, heute überwunden ist. Ja, es scheint allmählich zum Geß zu werden, daß jede sogenannte Steuerreform das Ideal steuerlicher Gerechtigkeit immer weiter in Wolkenhülle rückt. Wenn jetzt unter dem schweren Druck der sich zusehends verschärfenden Krise allenthalben zur „Befreiung“ aufgerufen wird, so muß gefordert und erwartet werden, daß solche notwendige Befreiung nicht, wie gewohnt an dem erbitterten Zwiespalt in der Lastenverteilung vorbeigeht. Hier in den alten Gleisen „fortwurseln“, heißt den Boden, auf dem sich die so dringend notwendige Schicksalsgemeinschaft erheben soll, noch vollends unterhöhlen.

Fememörder v. Pannwitz

in Polen verhaftet?

Wie das Württembergische Blatt erfahren haben will, soll der wegen Beteiligung an den Fememorden verfolgte ehemalige Oberleutnant von Pannwitz auf polnischem Gebiet unter dem Verdachte der Spionage verhaftet worden sein. An Berliner amtlichen Stellen ist über die Verhaftung von Pannwitz bisher nichts bekannt.

Hygienische Volksbelehrung durch Polizeiarzte.

Die Reichsgesundheitswoche, die der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung vom 18. bis 25. April veranstaltet und die die gesundheitliche Aufklärung vertiefen soll, dient, wie in einem Rundschreiben des Preussischen Innenministers ausgesprochen wird, zugleich dem Zweck, den Aufstuf einer intensiven Belehrung in der Folgezeit zu bilden. Der Minister ordnet daher an, daß die beamteten Polizeiarzte nicht nur im Reich ihres zuständigen Wirkungsbereiches bei der Polizeiverwaltung, sondern auch darüber hinaus in weitestgehendem Maße sich zu Zwecken der allgemeinen hygienischen Volksbelehrung zur Verfügung stellen. Die Polizeimedizinalräte sollen deshalb baldmöglichst mit den Ortsausschüssen (auch Abfahrtsämtern) oder den Kreisärzten in Verbindung treten.

Hebung des Milchverbrauchs.

Die Bedeutung der Milchproduktion für die Volkswirtschaft.

In einer Denkschrift über die Gefahren sinkender Milchpreise, die der Landbund der Provinz Sachsen an den Reichsausschuß, den Reichsernährungsminister, den Reichswirtschaftsminister sowie an den preussischen Landwirtschaftsminister und den Volkswirtschaftsminister gerichtet hat, wird die Bedeutung der Milchproduktion für die Volkswirtschaft dargelegt und darauf hingewiesen, daß

die heimische Milch unerlässlich ist als Volksernährungsmittel.

deren Billigkeit gegenüber anderen Nahrungsmitteln offenbar aber noch nicht genügend bekannt ist. Während des Krieges hat man den Wert der Milch ebenfalls sehr viel mehr schätzen gelernt. Eine Gefährdung der Milchproduktion muß daher durchwegs vermieden werden. Die dauernde Unwirtschaftlichkeit der Milchproduktion, die durch den jetzigen Stand der Milchpreise bedingt ist, würde in erster Linie die 2,3 Millionen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe treffen.

Ist ein erheblicher Teil unseres Milchviehbestandes aber wegen Unrentabilität der Milchproduktion, wie sie jetzt zu verzeichnen ist, abgeschlachtet worden, so bedarf es einer Zeit von drei bis vier Jahren, um die Milchproduktion wieder auszubauen. Da eine Einfuhr kondensierter Milch die einheimische Milch nicht ersetzen kann, ist bekannt. Die Einfuhr von Milch und Molkeerzeugnissen hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen, wie folgende Zahlen des Einfuhrüberschusses an Milch- und Molkeerzeugnissen ergeben:

1913 für 1926 Millionen M.-M.
1924 für 310 Millionen M.-M.

Jan./Nov. 1925 für 520 Millionen M.-M.

Der ungünstigen Wirkung dieser erhöhten Einfuhr ist, wie in der Denkschrift dargelegt wird, durch den zurzeit geltenden Zolltarif nicht entsprechend entgegengewirkt worden. Mit einer Zollverhöhung allein ist es nicht getan. Weitmas wichtiger ist, daß von oben her eine stärkere Propaganda für den Verbrauch von Milch entfaltet wird, und zu diesem Zwecke wird die Errichtung eines

Reichspropaganda-Ausschusses für Milchverbrauch

mit folgender Begründung gefordert:

Unter Führung des Reichsernährungsministers muß zusammen mit den Organisationen der Landwirtschaft, der Molkeereien, der Milchhändler und insbesondere mit den Organisationen der Verbraucher (den Gewerkschaften, Beamtenvereinigungen und den Hausfrauenvereinen) ein Reichspropaganda-Ausschuß für Milchverbrauch geschaffen werden, der, überparteilich, unberührt von Sonderinteressen einer Wirtschaftsgruppe, Propaganda für regeren Milchverbrauch macht. Die Reichszentrale für Heimatsdienst müßte durch Schrift, Bild und Film diese Aufklärungsarbeit unterstützen. In den Schulen und Universitäten, den Kasernen der Reichswehr, den staatlichen Betrieben den Verwaltungsbüros, in den Betrieben der Post und der Eisenbahn, den staatlichen Theatern und Bildungsanstalten müßten diese Propagandabemühungen ihren ersten Anfang nehmen. Durch Herausgabe von entsprechendem Material würde eine Vortragstätigkeit ermöglicht in Schulen, Vereinen und Organisationen, Milchhäuschen in den Hauptverkehrszentren der Städte und in den Bahnhöfen würden eine weitere Ergänzung im Rahmen der großen Aufklärungsarbeit sein.

Es ist nötig, daß diese Propaganda von einer überparteilichen Stelle geleitet wird, da es sich nicht um eine Kampagne für irgend ein landwirtschaftliches Produkt handelt, dessen Absatz zurzeit froht, sondern um eine Aufklärung des Volkes, daß die Milch das billigste Nahrungsmittel ist und daß gerade die zu äußerster Sparsamkeit gezwungene Hausfrau in einem kinderreichen städtischen Haushalt aus wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen für ihre Familie viel Milch gebraucht. Dieser ebenso im Dienste der Volksgesundheit wie im Interesse rationeller Wirtschaft im Einzelhaushalt und in der Volkswirtschaft notwendigen Aufklärungsarbeit wird sich keine Wirtschaftsgruppe und keine Organisation entziehen. Es ist die Aufgabe der Reichsregierung, im Zusammenwirken mit den Länderregierungen die Führung dieser großen Aufklärungsarbeit in den Hand zu nehmen.



38.

1926.

Unterhaltungs-Beilage

der Kammer Zeitung für Stadt und Land

Leonores Geheimnis.

Original-Roman von Hanna Götz.

23. Fortsetzung.

Die vier Personen kamen jetzt auf der anderen Seite der prächtigen Hofanlage und sahen sich hier mit dem Mann, den sie Leonore nannten, an. Er war ein Mann von mittlerer Größe, mit grauem Haar und einem freundlichen Gesicht. Er begrüßte sie mit einem Lächeln.

Ganz entsetzt fiel Dolph ein: „Aber das brauchen sie doch nicht zu tun, nur wenn sie ganz arm sind.“

„Aber, sie sind heute fast alle arm. Und sie müssen tüchtig arbeiten. — Aber sie werden es, wenn Sie alle unter diesen Schönen bereit sind, die alle Sorgen und Mühen begeben zu lassen.“

Heimweg.

Es blieb ein Zug in jeder Menschenbrust: Das ist die Sehnsucht nach der Heimat. Und doch, wenn man sie nicht hat, ist sie ein Schmerz.

„Ich bin hier so ganz anders,“ meinte Dolph, „als ich in der Heimat war.“

„Aber, Dolph, du bist doch ein Mann, der seine Heimat liebt.“

„Ja, aber ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“



Die drei Hauptrollen des Stückes: Der italienische Ministerpräsident, der bayerische Ministerpräsident, der bayerische Ministerpräsident.

bedeckt unter einer ihm aufgeschobenen Leinwand, und in den Händen hielt er ein Buch. Er sah aus, als ob er ein Mann von großer Bedeutung wäre. Er trat vor und sprach zu den anderen.

Ein „auter Silevater“.

Was für eine „Silevater“ es auch unter den Tieren gibt, konnte man, wie S. Schulz-Zorn in der „Deutschen Tier-Zeitung“, herausfinden. Er hat eine Menge Beispiele von Tieren, die sich wie Menschen verhalten.

„Ich bin hier so ganz anders,“ meinte Dolph, „als ich in der Heimat war.“

„Aber, Dolph, du bist doch ein Mann, der seine Heimat liebt.“

„Ja, aber ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

Wir — und die Tiere.

Von Johanna Weiskopf. Friedrich der Große sagte einmal: „Den Menschen ist es an der Natur, die sie von den Tieren unterscheidet.“

„Ich bin hier so ganz anders,“ meinte Dolph, „als ich in der Heimat war.“

„Aber, Dolph, du bist doch ein Mann, der seine Heimat liebt.“

„Ja, aber ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

„Nein, ich habe sie nicht.“

„Doch, du hast sie.“

